
Tagungsbericht

Soziales Europa mit Blick auf die Europawahl 2014

Symposium am 5. September 2013
in Brüssel

Inhalt

1. Einführung	4
1.1. Begrüßung und Programmübersicht: Prof. Dr. Ulrich von Alemann	4
1.2. Grußwort: Dr. Angelica Schwall-Düren	7
2. Soziales Europa: Ökonomische Bedingungen	12
2.1. Vortrag: Perspektiven für einen sozial orientierten europäischen Binnenmarkt, Prof. Dr. Paul J. J. Welfens	12
2.2. Kommentar: Herbert Reul	16
2.3. Diskussion: Moderation durch Stephan Thalhofer	17
3. Soziales Europa: Politische Perspektiven	20
3.1. Vortrag: Konfliktlinien auf dem Weg zu einer sozialen Union: Europaparlament und Europarteien, Prof. Dr. Hartwig Hummel	20
3.2. Kommentar: Sven Giegold	29
3.3. Diskussion: Moderation durch Prof. Dr. Andreas Maurer	31
4. Soziales Europa: Konkrete Überlegungen	34
4.1. Vortrag: Konkretisierung einer europäischen Sozialpolitik: Europäische Mindestlohnpolitik, Dr. Torsten Müller	34
4.2. Kommentar: Dr. Udo Bullmann	38
4.3. Diskussion: Moderation durch Dr. Wolfgang Kowalsky	40
5. Round-Table-Gespräch: Impulse für ein soziales Europa aus Sicht der Zivilgesellschaft und der Parteien	42
6. Anlagen	49
6.1. Lebensläufe der Referenten, Kommentatoren und Moderatoren	49
6.2. Kontaktdaten der Forschungs-Initiative NRW in Europa (FINE)	54

1. Einführung

1.1. Begrüßung und Programmübersicht: Prof. Dr. Ulrich von Alemann Projektleiter Forschungs-Initiative NRW in Europa (FINE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Sehr geehrte Frau Ministerin Schwall-Düren,
sehr geehrter Herr Steffens, ich begrüße Sie hier als „Hausherr“ in der Landesvertretung Nordrhein-Westfalens bei der Europäischen Union,
sehr geehrte Parlamentarier,
sehr geehrte Damen und Herren,

das Soziale Europa ist das Thema unseres heutigen Symposiums. FINE veranstaltet in Kooperation mit der Europaabteilung der Staatskanzlei des Landes NRW ein solches Symposium zum wiederholten Mal. Die Forschungs-Initiative NRW in Europa (FINE) berät bereits seit 1998 die Landesregierung zu europäischen Fragen. FINE dokumentiert dabei seit 15 Jahren, wie vielfältig die Verflechtungen öffentlicher, privatwirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Institutionen und Akteure des Landes mit Europa sind. Wir haben dazu die Datenbank „Europa in NRW“ erstellt, und das darauf aufbauende „Handbuch Europa in Nordrhein-Westfalen“ ist 2010 in der dritten Auflage erschienen. In früheren Symposien haben wir vor allem die Schnittstelle von kommunaler und regionaler Politik mit Europa beleuchtet.

Mit dem Themenfeld „Soziales Europa“ setzt sich FINE nun seit zwei Jahren intensiv auseinander. Bereits beim letzten Symposium im August 2012 haben wir über das „Soziale Europa unter den Bedingungen der Krise“ diskutiert. Neben Symposien organisiert FINE Expertenworkshops für die Europaministerin mit Politikwissenschaftlern, Ökonomen und Juristen. Auch bei einigen Treffen des Expertenrats wurden Aspekte des „Sozialen Europas“ vertieft. Im Auftrag der Europaministerin des Landes NRW haben meine Kollegen Prof. Hummel, Frau Prof. Heidbreder, Domenica Dreyer und ich außerdem eine wissenschaftliche Expertise erstellt („Gutachten zur „Politischen Union“. Demokratische Mitgestaltung und soziale Sicherheit“). Frau Professor Heidbreder unterstützt meinen Kollegen Professor Hummel und mich seit kurzem in der Projektleitung von FINE.

Das Programm des diesjährigen Symposiums teilt sich in fünf Blöcke. Nach der Einführung mit dem Grußwort der Europaministerin Dr. Angelica Schwall-Düren widmen wir uns den ökonomischen Bedingungen, den politischen Perspektiven sowie konkreten Vorschlägen für ein Soziales Europa. Die abschließende Podiumsdiskussion widmet sich der Bedeutung der Europawahl 2014 für ein Soziales Europa.

Zum Programm des Symposiums im Einzelnen:

Einführung

09.30 Begrüßung

Prof. Dr. Ulrich von Alemann, Projektleiter Forschungs-Initiative NRW in Europa, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Grußwort

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen

Soziales Europa: Ökonomische Bedingungen

10.00 Perspektiven für einen sozial orientierten europäischen Binnenmarkt

Vortrag: Prof. Dr. Paul J. J. Welfens, Jean Monnet Professor für Europäische Wirtschaftsintegration und Direktor des Europäischen Instituts für Internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW), Bergische Universität Wuppertal

Kommentar: Herbert Reul, Mitglied des Europäischen Parlaments (CDU/EVP)

Moderation: Stephan Thalhofer, Referent für Europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik und Gewerkschaften, Europabüro der Friedrich-Ebert-Stiftung, Brüssel

Anschließende Diskussion mit dem Publikum

11.00 Kaffeepause

Soziales Europa: Politische Perspektiven

11.30 Konfliktlinien auf dem Weg zu einer sozialen Union: Europaparlament und Europarteien

Vortrag: Prof. Dr. Hartwig Hummel, Projektleiter Forschungs-Initiative NRW in Europa, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Kommentar: Sven Giegold, Mitglied des Europäischen Parlaments (Grüne/EFA)

Moderation: Prof. Dr. Andreas Maurer, Professor für Politikwissenschaft und Europäische Integration, Universität Innsbruck

Anschließende Diskussion mit dem Publikum

12.30 Mittagspause

Soziales Europa: Konkrete Überlegungen

13.30 Konkretisierung einer europäischen Sozialpolitik: europäische Mindestlohnpolitik

Vortrag: Dr. Torsten Müller, European Trade Union Institute (ETUI), Brüssel

Kommentar: Dr. Udo Bullmann, Mitglied des Europäischen Parlaments (SPD/S&D)

Moderation: Dr. Wolfgang Kowalsky, Referent im Europäischen Gewerkschaftsbund (E-TUC), Brüssel

Anschließende Diskussion mit dem Publikum

14.30 Kaffeepause

Die Bedeutung der Europawahl 2014

15.00 Soziales Europa mit Blick auf die Europawahl 2014

Round-Table-Gespräch mit PolitikerInnen und Experten

Teilnehmende:

- Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen
- Heinz K. Becker, Mitglied des Europäischen Parlaments (ÖVP/EVP)
- Prof. Dr. Andreas Maurer, Professor für Politikwissenschaft und Europäische Integration, Universität Innsbruck
- Dr. Wolfgang Kowalsky, Referent im Europäischen Gewerkschaftsbund (ETUC), Brüssel

Moderation: Prof. Dr. Ulrich von Alemann, FINE

17.00 Ende der Veranstaltung

Im Anschluss an die Vorträge und die Kommentare werden Sie, das Publikum, ausreichend Zeit haben, Ihre Fragen zu stellen. Auch die Kaffeepausen und die Mittagspause bieten Möglichkeiten zur vertieften Diskussion und zur Vernetzung. Ich möchte Sie schon jetzt bitten, für Ihre Fragen die Mikrofone zu benutzen, die wir während der Diskussionsrunden zur Verfügung stellen werden. Wir werden das Symposium aufzeichnen, um später die Ergebnisse des Symposiums dokumentieren zu können.

Zum Schluss meiner kurzen Begrüßung möchte ich Dank sagen, Dank zunächst natürlich an diejenigen, die mit ihrer Zusage als Referenten und Kommentatoren der Vorträge und TeilnehmerInnen der Podiumsdiskussion dieses Symposium überhaupt erst möglich gemacht haben.

Ich freue mich sehr über die Beteiligung aus dem Landtag und den Ministerien in Nordrhein-Westfalen, den europäischen und nationalen Parteien und Sozialverbänden, der weiteren Zivilgesellschaft sowie der Kollegen aus den Brüsseler Forschungsinstituten.

Mein ganz besonderer Dank geht an das Projektteam von FINE: Frau Köhn als Projektkoordinatorin des Symposiums 2013, Anne Gödde als Projektkoordinatorin von FINE, Lea Scheurer und Nicole Berbuir, die dieses Symposium sehr professionell und mit großem Einsatz vorbereitet haben. Danken möchte ich insbesondere auch dem gesamten Team der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen bei der Europäischen Union. Zudem haben uns Herr Abels und Herr Waiz sowie die weiteren Mitarbeiter aus der Staatskanzlei des Landes NRW bei den Vorbereitungen hervorragend unterstützt.

Ich wünsche uns allen ein interessantes und spannendes Symposium! Und jetzt freue ich mich auf das Grußwort der Europaministerin des Landes Nordrhein-Westfalen als Mitveranstalterin dieses Symposiums.

1.2. Grußwort: Dr. Angelica Schwall-Düren

Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrter Herr Professor von Alemann,
sehr geehrte Abgeordnete des Europäischen Parlaments und des Landtags Nordrhein-Westfalen,
sehr geehrte Damen und Herren,

Ende Mai nächsten Jahres werden wir Europäer an die Wahlurnen gerufen. Bei der Wahl wird es nicht nur um die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments gehen, sondern auch um die Frage, in was für einem Europa wir zukünftig leben wollen. Ich für meinen Teil wünsche mir ein Europa, in dem soziale Themen stärker in den Mittelpunkt gerückt werden. So wie wir das heute mit unserem diesjährigen Sommersymposium unter den Titel „Soziales Europa mit Blick auf die Europawahl 2014“ tun.

Ich heiße Sie hierzu in der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen bei der Europäischen Union herzlich willkommen. Besonders begrüße ich unsere heutigen Referenten und Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmer. Auch möchte ich mich bereits an dieser Stelle beim gesamten FINE-Team, insbesondere Herrn Professor Hummel, Herrn Professor von Alemann, Frau Köhn und den beiden studentischen Hilfskräften Frau Scheurer und Frau Berbuir, für die inhaltliche Organisation der Veranstaltung bedanken.

Während der nun mehr als drei Jahre andauernden Krise der Wirtschafts- und der Europäischen Währungsunion habe ich den Eindruck gewonnen, dass Wettbewerbsfähigkeit, ökonomische Leistungsfähigkeit und Austerität zu den alles überwölbenden Zielen geworden sind. Diesem wird alles andere untergeordnet. Vergessen wird dabei, dass der Vertrag über die Europäische Union als Ziel ausdrücklich eine „Soziale Marktwirtschaft“ anstrebt, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt.

Natürlich muss Europa wettbewerbsfähig und wirtschaftlich leistungsfähig sein. Mein Ziel ist ein Europa, das aber vor allem sozial und demokratisch ist. Die innergesellschaftliche und zwi-schengesellschaftliche Solidarität und unsere demokratische Verfasstheit sind zwei Merkmale, die Europa auszeichnen. Es sind europäische Markenzeichen. Das muss Leitlinie und Ziel der europäischen Integration sein und bleiben. Dazu müssen wir jedoch mutige politische Entscheidungen treffen. Wir müssen die Märkte stärker regulieren und unseren Kurs mehr selbst steuern.

Die Krise in Europa und die Krisenbewältigungsstrategien lassen die Menschen leicht vergessen, dass Europa nicht nur ein Markt ist. Die Hoffnungen auf mehr Demokratie und mehr Zusammenhalt in der EU sind bei vielen Menschen in dieser Krise verfliegen. Der strikte Austeritätskurs ist mitverantwortlich dafür, dass die Verschuldung in den Programmländern zunimmt, die Wirtschaft dort schrumpft, die Arbeitslosigkeit dramatisch steigt und das Steueraufkommen sinkt. Das Ziel, Wachstum und Beschäftigung zu generieren, wurde verfehlt.

In den vergangenen Wochen haben wir aus einigen Krisenländern positive Nachrichten gehört: Griechenland wird möglicherweise dieses Jahr einen Primärüberschuss im Haushalt erzielen, was per Definition aber schon den hohen Schuldendienst ausblendet. Es sagt nichts über die

wirtschaftliche Entwicklung Griechenlands aus, das sich im fünften Jahr in Folge in der Rezession befindet, sondern bedeutet nur, dass das Land die staatlichen Ausgaben wie von der Troika gefordert reduziert hat. Spanien und Portugal können den Prognosen zufolge dieses Jahr erstmals wieder ein leichtes Wirtschaftswachstum erreichen oder zumindest den Abschwung bremsen. Dieses beruht aber ausschließlich auf dem Export, die Binnennachfrage kommt aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und der gekürzten Löhne nicht in Fahrt.

Ich möchte diese kleinen Lichtblicke nicht schlecht reden, warne aber vor zu viel Euphorie. Die Arbeitslosenzahlen sind nicht gesunken, sondern steigen weiter an. Die sozialen Probleme sind nicht gelöst, immer mehr Menschen in Europa leiden unter Armut. Der portugiesische Regierungschef hat vor wenigen Tagen ein zweites Rettungspaket für sein Land ins Gespräch gebracht. Gerade in den Krisenländern sind die Sozialsysteme als Folge der anhaltenden Wirtschaftskrise überlastet. Sie sind kaum noch fähig, die Folgen der Krise aufzufangen und den Menschen einen sozialen Mindestschutz zu gewähren. Der Sozialbericht der Europäischen Kommission von Anfang Januar belegt die soziale Aufspaltung in einen relativ stabilen Norden und einen von Rezession geplagten Süden.

Im Hinblick auf die Frage, wie ein soziales Europa konkret aussehen sollte, sind folgende Überlegungen für mich maßgebend: Ein europäischer Sozialstaat kann nicht – zumindest ist das heute nicht vorstellbar – an Stelle der nationalen Wohlfahrtsstaaten treten. Der Grundsatz „Einheit in Vielfalt“ muss auch in sozialen Angelegenheiten bestehen bleiben. Und angesichts der unterschiedlich ausgeprägten finanziellen Leistungsfähigkeit der Mitgliedstaaten sehe ich auch keine Bereitschaft für einen echten umverteilenden Sozialstaat auf europäischer Ebene. Aufgabe der europäischen Ebene sollte vielmehr sein, sozialpolitische Ziele und Grundrechte weiterzuentwickeln, rechtsverbindliche EU-weite Mindeststandards einzuführen und dabei die sozialpolitischen Handlungsmöglichkeiten der einzelnen Mitgliedstaaten zu achten. Die Politik der EU sollte darauf ausgerichtet sein, die sozialen Folgen der ökonomischen Krise abzumildern und nicht darauf, sie noch weiter zu schärfen. Dies erreicht man nicht, wenn man sich nur auf klassische Sozialpolitik beschränkt.

Lassen Sie mich einige Beispiele anführen:

1. Um die sozialen Verwerfungen richtig einschätzen zu können, ist der angesprochene Sozialbericht der Kommission wichtig. Er sollte daher keine einmalige Information der Kommission sein, sondern mit dem jährlichen Konjunkturbericht vorgelegt werden. Die Politik darf nicht nur auf die wirtschaftliche Perspektive, sondern muss auch auf das soziale Niveau abstellen. Im europäischen Semester müssen die sozialen Folgen europäischer Politik stärker berücksichtigt werden. Hilfreich wäre in diesem Zusammenhang auch das von Kommissar Andor auf einer Konferenz der Europaminister der deutschen Länder angerissene „Social Scoreboard“, vergleichbar mit dem Verfahren zur Feststellung des gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichts. Über vergleichbare Indikatoren in den Bereichen Soziales und Beschäftigung sollen mögliche Ungleichheiten schnellstmöglich festgestellt und bekämpft werden.

2. Heute findet ein ruinöser Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten um niedrige Lohnkosten statt. Je niedriger die Löhne, desto größer der Wettbewerbsvorteil. In Deutschland haben wir in manchen Branchen einen so geringen Stundenlohn, dass die Beschäftigten ohne staatliche Zuschüsse nicht überleben könnten. Deshalb plädiere ich für ein System, in dem jeder EU-Staat einen Mindestlohn einführt. Dabei kann natürlich kein einheitlicher Mindestlohn in ganz Europa festgesetzt werden. Vielmehr soll jeder Staat einen Mindestlohn abhängig von seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einführen. Damit würde jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer einen angemessenen Lohn erhalten und der ruinöse Wettbewerb der Mitgliedstaaten um niedrige Lohnkosten wäre um ein Vielfaches abgeschwächt.

In 21 der 28 europäischen Mitgliedstaaten gibt es bereits einen flächendeckenden Mindestlohn, Deutschland gehört leider nicht dazu. Ich möchte Ihnen die Auswirkungen an einem grotesken Beispiel aufzeigen, das zu Streit mit unserem Nachbarland Belgien geführt hat: Da in Belgien auch für entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Mindestlöhne gelten, ist es für belgische Schlachtereien billiger, ihre Schweinehälften nach Deutschland zu exportieren, wo sie von überwiegend südosteuropäischen Arbeitern zu Hungerlöhnen zerlegt werden. Die belgische Regierung hat gegen diese Dumpinglohnpolitik, und ich denke zu Recht, Beschwerde gegen Deutschland bei der Europäischen Kommission eingelegt. Dem haben sich mittlerweile auch Österreich und Frankreich angeschlossen.

Die nordrhein-westfälische Arbeitsschutzverwaltung hat in einer Sonderaktion Großbetriebe der Fleischindustrie und Werkvertragnehmer überprüft und bei zwei Drittel der Betriebe Arbeitsschutzmängel und Verstöße gegen die Arbeitszeitvorschriften festgestellt. Gemeinsam mit Niedersachsen und dem Saarland werden wir in Kürze im Bundesrat einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Missbrauchs von Werkverträgen vorlegen.

3. Ein System von Mindestregelungen müsste auch bei der Besteuerung von Unternehmen Anwendung finden. Wir brauchen einen Mindeststeuersatz auf Unternehmensgewinne. Damit würde auch der Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten um Niedrigsteuern für Unternehmen ein Ende finden. Europa muss zudem den Kampf gegen Steuervermeidungstaktiken aufnehmen und Steueroasen austrocknen. Eine Billion Euro verlieren die EU-Mitgliedstaaten nach Schätzungen der EU-Kommission jedes Jahr durch Steuerhinterziehung und legale „Steuergestaltung“. Allein dem deutschen Staat entgehen auf diese Weise jährlich 160 Milliarden Euro. Geld, das dringend in Bildung und Infrastruktur angelegt werden müsste.

Vor einigen Wochen hat sich auf Initiative der OECD auch die G20 endlich diesem Thema angenommen. Ein entsprechender Aktionsplan soll beim heutigen G20-Gipfel in Sankt Petersburg verabschiedet werden.

4. Um das gegenseitige Unterbieten von Sozialstandards zu verhindern, brauchen wir auch einen sozialen Stabilitätspakt. Der soziale Fortschritt würde durch den sozialen Stabilitätspakt in jedem Mitgliedstaat an den ökonomischen Fortschritt gekoppelt, indem die Mitgliedstaaten in Abhängigkeit von ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu einem Mindestmaß an sozialen Leistungen verpflichtet werden. Bei steigender Wirtschaftsleistung wächst die Sozialquote mit. Die Eigenständigkeit der nationalen Sozialsysteme würde bei diesem Modell gewahrt bleiben.

5. Das größte soziale Problem mit Blick auf die Zukunft ist die erschreckend hohe Jugendarbeitslosigkeit in den südlichen Euroländern. In Griechenland, Spanien und Kroatien ist mehr als die Hälfte der Jugendlichen ohne Arbeit oder Ausbildung, in Italien und Portugal sieht es nicht wesentlich besser aus. Immer häufiger ist von einer „verlorenen Generation“ die Rede, die sozialen aber auch politischen Sprengstoff birgt. Die Nationalstaaten sind mit der Bewältigung der Arbeitslosigkeit überfordert, hier muss die europäische Ebene helfen. Die kurzfristige Umsetzung der Jugendgarantie ist ein erster, aber viel zu zaghafter Schritt. Die vom Europäischen Rat zur Verfügung gestellten acht Milliarden Euro für die nächsten sieben Jahre reichen bei weitem nicht aus. Für eine wirksame Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sind nach einer Schätzung der Internationalen Arbeitsorganisation allein in den Ländern des Euro-Raums jährlich 20 Milliarden Euro erforderlich.

6. Wie notwendig die Bekämpfung sozialer Probleme ist, hat auch die Europäische Kommission erkannt: Sie hat das sogenannte Sozialinvestitionspaket vorgelegt, das ich sehr begrüße. Sie vertritt darin den richtigen Ansatz, Sozialinvestitionen als Investition in die Prävention und in die Zukunft der Menschen anzusehen. Sozialleistungen sind nicht nur konsumtive Ausgaben, die zur Reduzierung des Haushaltsdefizits nach Belieben gekürzt werden dürfen. Sondern, das stellt die Kommission zutreffend fest, eine notwendige Förderung von Fähigkeiten und Kompetenzen der Menschen mit langfristigen positiven Auswirkungen sowohl für die Betroffenen, als auch für die Wirtschaft und die Haushalte der Mitgliedstaaten.

Selbstverständlich müssen Sozialleistungen effizient und zielgerichtet eingesetzt werden. Deshalb ist eine klare Prioritätensetzung erforderlich. Wenn Sozialinvestitionen präventiv wirken sollen, müssen sie vor allem auf die Bedürfnisse von Familien zugeschnitten sein. Die Sozialpolitik muss Kinder und Jugendliche auf ihrem Lebensweg begleiten und daher zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt ansetzen. Sie sollte daher unter anderem eine verlässliche Kinderbetreuung, frühkindliche Erziehung und Bildung sowie eine Teilhabe aller Kinder an Aktivitäten in den Bereichen Sport und Kultur beinhalten. Unter diesem präventiven Ansatz steht auch die Politik der Landesregierung Nordrhein-Westfalen getreu dem Motto „Kein Kind zurücklassen!“

7. Schließlich wäre im Einzelnen auch über die Bereitstellung einzelner materieller Sozialleistungen auf europäischer Ebene nachzudenken. Eines der bislang sehr wenigen Beispiele für europäische Sozialleistungen ist der Vorschlag der EU-Kommission vom Oktober letzten Jahres zur Einrichtung eines „Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen“. Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut sind dabei zwar zunächst auf nationaler Ebene erforderlich, aber wo der Sozialstaat dies aufgrund der Krise und den verordneten Kürzungen im Sozialbereich nicht mehr leisten kann, müssen europäische Anstrengungen unternommen werden.

Diese Beispiele zeigen deutlich, dass ein sozial gerechtes Europa keine Utopie bleiben muss, sondern Stück für Stück erarbeitet werden kann. Entscheidend ist, dass sich die Europäische Union um die konkrete Lebenslage der Menschen kümmert und dass der ruinöse Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten in einer Spirale nach unten beendet wird. Dabei sehe ich auch nicht, dass die Herstellung sozialer Gerechtigkeit auf europäischer Ebene und die Teilhabe der Unionsbürgerinnen und -bürger an einer fairen europäischen Gesellschaft in Widerspruch zu

wirtschaftlicher Effizienz stehen. Für mich wird auf diese Weise vielmehr erst die Voraussetzung für wirtschaftliche Produktivität geschaffen. Man muss nicht wählen zwischen einer Gesellschaft mit sozialem Zusammenhalt und produktiverer Wirtschaft. Soziale Sicherheit der Menschen ist stets ein Erfolgsfaktor für die Unternehmen; wir können und müssen daher beides anstreben.

Gleichzeitig brauchen wir auch auf europäischer Seite eine stärkere demokratische Legitimität. In der Krise haben wir erfahren, wie schnell die Balance der europäischen Organe gestört werden kann. Der Europäische Rat ist zum überragenden Entscheidungszentrum geworden. Die Kommission und insbesondere das Europäische Parlament hatten das Nachsehen. Die Bürgerinnen und Bürger fühlen, dass ihre Stimme in Europa nicht die gewünschte Berücksichtigung findet. Die grundsätzlichen Weichen europäischer Politik werden von den nationalen Regierungen gestellt, nicht von den direkt gewählten Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Zumindest eine beratende Einbindung des Europäischen Parlaments bei den Entscheidungen über die Gewährung von Finanzhilfen wäre ein erster, wichtiger Schritt. Zum zweiten müsste das Europäische Parlament auch bei der Koordinierung der Wirtschaftspolitik beteiligt werden. Eine Aufwertung des Parlaments in zentralen europäischen Fragen könnte helfen, den bedauerlichen Trend einer immer niedrigeren Wahlbeteiligung umzukehren. Die Skepsis gegenüber der Europäischen Union und ihren Institutionen nimmt in allen Teilen unseres Kontinents zu, immer mehr Menschen wenden sich von Europa ab. Das ist eine besorgniserregende Entwicklung und alle proeuropäischen Kräfte müssen sich dagegen stemmen. Wir müssen diese Krise auch mit einer langfristigen politischen Perspektive angehen und Europa so gestalten, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger darin wieder finden. Dazu bedarf es einer starken sozialen Dimension, die die Menschen in Europa schützt und stärkt. Und wir brauchen mehr demokratischer Beteiligung aller an den europäischen Belangen.

Ich freue mich nun auf erkenntnisreiche Vorträge und spannende Diskussionen zu diesen wichtigen Themen.

2. Soziales Europa: Ökonomische Bedingungen

2.1. Vortrag: Perspektiven für einen sozial orientierten europäischen Binnenmarkt, Prof. Dr. Paul J. J. Welfens

Jean Monnet Professor für Europäische Wirtschaftsintegration und Direktor des Europäischen Instituts für Internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIW), Bergische Universität Wuppertal

Angesichts der historischen Herausforderungen, mit denen die EU gegenwärtig konfrontiert wird, ist die Soziale Marktwirtschaft europäischer Prägung ohne grundlegende Veränderungen nicht haltbar. Die Globalisierung wird von chinesischer oder amerikanischer Seite weiter vorangetrieben, ohne Rücksicht auf Entwicklungen in Europa. Unter der Überschrift „Soziale Marktwirtschaft bei Euro-Währungsunion und EU-Binnenmarkt“ werden in diesem Vortrag einige Überlegungen vorgestellt, bei denen **als Quintessenz eine Euro-Politikunion vorgeschlagen** wird. Es werden zudem die Defizite der momentanen Umverteilungspolitik aufgezeigt.

Beim **Thema Sozialstaat** geht es um die Sicherung der Chancengleichheit, welche auf das staatliche Bildungssystem zielt, von Mindeststandards am Arbeitsplatz und um eine bedarfsorientierte Umverteilung durch den Staat. Es geht aber auch um eine solide Staatsfinanzierung. Denn eins sollte jedem spätestens seit der Eurokrise klar geworden sein: Jede Art von Rentenversprechen von staatlicher Seite ist wenig wert, wenn der Staat durch Ratingagenturen hinsichtlich seiner Bonität stark heruntergestuft wird. In einer richtigen Krise werden im Zweifelsfall zuerst die Renten gekürzt. Es geht beim Thema Sozialstaat zudem um die Abdeckung von „klassischen“ Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter, aber auch um das Risiko einer Bankenkrise. Das enorme Ausmaß der Bankenkrise betrifft auch das Geld der Normalbürger. Selbst wenn von politischer Seite versprochen wird, keine Steuergelder für die Rettung zu verwenden, ist dies bereits wegen den Funktionsmechanismen der großen Märkte reine Illusion.

Die Krise ist nicht vorbei, es gibt aber gute Chancen sie zu überwinden. Auf der anderen Seite ist die **Heterogenität in der Eurozone** erschreckend. In Bezug auf die Arbeitslosenquoten sind die Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedstaaten bereits größer als zwischen den Bundesstaaten der USA. Die bestehende Solidarität der Europäer über die Hilfsfonds ist bemüht. Aber die nationalen Parlamente zeigen sich zunehmend verärgert, immer wieder europäische Fragen behandeln zu müssen, statt sich um die eigenen Probleme kümmern zu können. Das Europäische Parlament, welches diese Aufgabe eigentlich am besten wahrnehmen könnte, ist nicht mit den entsprechenden Finanzmitteln ausgestattet. Auch wenn es bei den Krisenländern um die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit gehen muss, schließt dies nicht aus, dass nach einer gewissen Zeit der Sozialstaat ebenfalls weiter ausgebaut werden muss. In diesem Kontext muss es als Skandal bezeichnet werden, wie der **Fall Griechenland** innerhalb der europäischen Sozialen Marktwirtschaft behandelt wird. Griechenland befindet sich mittlerweile im sechsten Rezessionsjahr und immer noch bewegen sich die Arbeitslosenzahlen in einer Höhe, wie sie selbst von den USA in der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre nicht erreicht wurden. Es ist enttäu-

schend, dass die Europäer zulassen, dass ein Mitgliedstaat vollkommen alleine gelassen wird, auch wenn selbstverständlich die Hauptverantwortung bei der damaligen griechischen konservativen Regierung liegt.

Zum Thema **Ungleichheit** kann zunächst gesagt werden, dass es eine große Zunahme bei den Top-Einkommen in den OECD-Ländern gibt. Gleichzeitig wachsen aber die Unterschiede innerhalb der einzelnen Länder. Die Ursache hierfür ist allerdings nicht die Krise per se, sondern vielmehr die Globalisierung. Bereits vor der Krise gab es einen **Trend zur Konvergenz der Pro-Kopf-Einkommen** zwischen den EU-Mitgliedstaaten, **während gleichzeitig die innerstaatlichen Unterschiede zunahmen**, speziell zwischen qualifizierten und ungelerten Arbeitnehmern. An dieser Stelle ist die Kompensationsleistung des Staates besonders gefordert. Die ökonomische Logik des Binnenmarktes besagt sehr simpel: Mehr Freihandel sorgt durch den verstärkten Außenhandel für eine Angleichung der Pro-Kopf-Einkommen. Ähnliches könnte man auch für den freien Kapitalverkehr sagen. Dieses Prinzip funktioniert allerdings nur, wenn die armen Länder hohe Direktinvestitionen multinationaler Unternehmen anziehen. Besonders in Griechenland lassen sich in diesem Punkt schwere Versäumnisse ausmachen. Als Portugal und Spanien Mitglieder der Europäischen Union wurden, haben sie sehr hohe Direktinvestitionen angezogen. Griechenland, aber auch Italien, weisen hingegen bei Direktinvestitionen relativ zum Bruttoinlandsprodukt mit knapp einem Prozent viel zu geringe Werte auf.

Es gibt **drei wichtige Prinzipien im Sozialstaat: Subsidiarität, Effizienz und Finanzierbarkeit**. Umverteilungspolitik und Sozialpolitik sind zwei zentrale Punkte, auf die ich hier eingehen möchte. Beim Thema Sozialstaat geht es, wie beschrieben, um Chancengleichheit im Bildungssystem, Mindeststandards am Arbeitsplatz und Umverteilung, aber auch um solide Staatsfinanzierung, die ein langfristiges Projekt ist. Die Frage ist, wie das Ziel einer intelligenten Arbeitsteilung in der Sozialpolitik angesichts des Spannungsfelds supranational versus national im EU-Binnenmarkt erreicht werden kann. Momentan bestehen zu viele nationale und viel zu wenig supranationale Elemente. Man kann deutlich zeigen, dass eine vernünftige Sozialpolitik auch ökonomisch lohnenswert ist. Die Bundesrepublik Deutschland wird auch wegen ihres klugen Sozialstaats und des partnerschaftlichen Miteinanders der Tarifvertragsparteien durch Zuwanderung profitieren. Auf supranationaler Ebene stellt sich die Frage der Finanzierbarkeit.

Was sind die **Ziele, Träger, Grundsätze, Mittel und die Legitimation einer europäischen Sozialpolitik**? Für die Beantwortung dieser Fragen ist das Stichwort **Systemkonkurrenz innerhalb der Europäischen Union** entscheidend. Einige konkrete Zahlen aus einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft zur Umverteilung sollen dies erläutern.

Tabelle 1: Ausmaß der Einkommensumverteilung in EU-Ländern nach dem Institut der deutschen Wirtschaft (Nettotransfers in Prozent des Nettoeinkommens für das Jahr 2009)

Die blau unterlegten Zahlen zeigen, wie sich die Verteilungspositionen der ärmsten 20 Prozent der Haushalte nach der Umverteilung entwickelt haben. Die rot unterlegten Zahlen stehen für die Veränderung der reichsten 20 Prozent.

Irland	61,7	-6,9	Ver. Königreich	39,5	-23,8	Zypern	33,8	2,7
Finnland	53,9	-20,6	Bulgarien	38,9	1,0	Malta	29,3	-13,2
Dänemark	50,1	-36,4	Portugal	38,3	-10,8	Slowakei	27,4	-1,7
Schweden	45,8	-23,4	Lettland	37,8	-5,1	Luxemburg	26,5	-11,6
Deutschland	45,7	-17,3	Ungarn	37,1	-9,3	Spanien	23,0	-4,3
Belgien	45,2	-19,5	Slowenien	36,0	-19,5	Litauen	22,9	-5,1
Tschech.Rep.	42,3	-15,5	Österreich	35,7	-18,4	Polen	17,3	-11,8
Estland	42,2	-9,2	Niederlande	35,4	-38,4	Italien	13,2	-8,7
Frankreich	39,8	2,6	Rumänien	34,3	-4,8	Griechenland	11,1	-15,3

Quelle: Eurostat; Niehues 2013¹

In Frankreich hatten beispielsweise die reichsten 20 Prozent der Haushalte nach der Umverteilung +2,6 Prozent mehr Einkommen als vorher. Für Deutschland finden wir zum Vergleich hier einen Wert von -17,3 Prozent. Dies bedeutet, dass in Deutschland die Umverteilung funktioniert, da die Top-Einkommen durch die Umverteilung abnehmen. Ein schwaches Bild liefern Italien und Griechenland. Die einkommensschwächsten Haushalte in Griechenland haben nur 11,1 Prozent aus der Umverteilung erhalten. Verglichen mit den 45,7 Prozent in Deutschland ergibt sich der Schluss, dass die griechischen, italienischen und polnischen Umverteilungssysteme äußerst schwach sind. Wenn diese nationalen Umverteilungssysteme nicht richtig funktionieren, wird am Ende die Solidarität der Europäer bemüht werden müssen.

Wie müsste also eine europäische Sozialpolitik aussehen? Ich gehe davon aus, dass wir längerfristig auf der europäischen Ebene statt einem Prozent des Bruttoinlandsproduktes eher eine **EU-Staatsquote** von fünf bis sechs Prozent des BIP haben müssten, damit das System überhaupt funktioniert. Alles andere ist längerfristig völlig illusorisch. Ein wichtiger Bestandteil von Sozialpolitik sind die **Sozialversicherungssysteme**, die in Europa nicht durchlässig sind. Das widerspricht nicht nur Arbeitnehmerinteressen, sondern auch Fairnessprinzipien. Ein bestehendes Instrument wie der Globalisierungsfonds müsste zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ausgebaut werden. Die Sozialpolitik müsste so ausgestaltet sein, dass mindestens für die ersten sechs Monate das **Arbeitslosengeld aus EU-Mitteln** gezahlt würde. In den USA wird das Arbeitslosengeld in der Regel auch zunächst von der Bundesebene bezahlt. Soll es tatsächlich zu einem Ausbau des europäischen Arbeitsmarkts kommen, ist eine grundlegende Änderung an dieser Stelle notwendig. Natürlich müssten auch die Sozialstandards, zumindest zu einem gewissen Grad, europäisch festgelegt werden. Sonst droht eine Überkonkurrenz und eine Abwärtsspirale. Bei der Umverteilungspolitik sollte jeder Mitgliedstaat selbst verantwortlich sein,

¹ Niehues, Judith (2013): Staatliche Umverteilung in der Europäischen Union. In: IW-Trends 1/2013.

allerdings muss es trotzdem **verbindliche Umverteilungsgrundsätze** geben. Ein wichtiger Grundsatz müsste selbstverständlich sein, dass nationale Umverteilungspolitik die Position der reichsten Haushalte nicht verbessert. Jedes Land sollte aufgefordert sein, die entsprechenden Zahlen jährlich offenzulegen, damit diese im Europäischen Parlament diskutiert werden können. Dadurch würde ausreichend Druck auf Länder mit ungerechten Umverteilungssystemen entstehen. Es ist schließlich vergleichbar mit anderen europäischen Instrumenten, dass **Mitgliedstaaten auf diese Weise voneinander lernen**. Durch einen solchen Mechanismus würde sich mehr Vernunft und Effizienz in der Sozialen Marktwirtschaft ergeben.

Generell brauchen wir mehr Transparenz und mehr Druck bei der **Entwicklung von Konzepten**. Insbesondere bei der Umverteilung wird viel Geld auf vollkommen ineffiziente Art verteilt. Bei den Strukturfonds z. B. fehlen sinnvolle Grundsätze der Umverteilung zwischen den Mitgliedstaaten. Die bessere Ausbildung von Jugendlichen und eine allgemeine Steigerung der Zukunftsfähigkeit sollten zudem im Vordergrund stehen. Auf der nationalen Politikebene angesiedelt bleiben sollten die Bankenaufsicht, die Einlagensicherung und das Arbeitslosengeld nach sechs Monaten, genauso wie die Banken- und Rentenversicherungen. Denn natürlich sollen die Nationalstaaten nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Im Mittelpunkt muss die Chancengleichheit stehen und wie effizient sich die einzelnen Systeme diesem Ziel nähern. Wir sollten uns bemühen, gute Systeme aus anderen Ländern zu fördern, auch wenn dies unangenehme Diskussionen bedeutet. **Inakzeptabel sind grobe Regelverstöße**, wie etwa im Fall Irland. Dort wurden jahrelang die Regeln der europäischen Bankenaufsicht völlig ignoriert, wodurch die Banken im Prinzip machen durften, was sie wollten. Es handelt sich eindeutig um Verstöße gegen europäisches Recht, welche immer noch nicht vernünftig aufgearbeitet wurden. Die Überwindung der Krise beginnt immer mit der Wahrheit und solange die Wahrheit nicht auf dem Tisch liegt und die Verantwortlichen dingfest gemacht werden, lässt die Krise sich nicht bewältigen.

Zusammenfassend sind vernünftige **Prinzipien der Sozialpolitik** klare, konsistente Ziele, vernünftige Sozialstandards und Grundsätze wie Effektivität, Subsidiarität, Effizienz und Transparenz. Wichtig ist dabei auch, diese Grundsätze quantifizieren zu können und sie auf diese Weise den Bürgerinnen und Bürgern näherzubringen. Eine europäische Arbeitslosenversicherung für sechs Monate würde konkret lediglich 0,5 Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts kosten. Die von mir angesprochene, auf fünf bis sechs Prozent erhöhte Staatsquote kann auf europäischer Ebene natürlich nur **durch bestimmte Instrumente finanziert** werden. Hierzu wären **Eurobonds**, aber auch eine **europäische Einkommensteuer** essentiell. Aus der ökonomischen Logik heraus muss ein europäischer Einkommensteuersatz, der zu dem nationalen Einkommenssteuersatz hinzu kommt, immer höher sein als der nationale, da es Wege wie Migration oder Verlagerung gibt, diesem zu entgehen. Das würde in der Konsequenz bedeuten, dass ein Teil der Umverteilung zwischen den Staaten dann von Brüssel in Richtung der Mitgliedstaaten fließen muss. Wichtig ist auch die Diskussion über einen **Mindestkörperschaftssteuersatz**. Ein gewisser Steuerwettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten ist jedoch weiterhin nötig, um den staatlichen Einfluss zu begrenzen.

Wenn wir Europäer das System der Sozialen Marktwirtschaft im globalen Systemwettbewerb verteidigen und durchsetzen wollen, ist es unsere zentrale Aufgabe, eine **angemessene Balance zwischen Effizienz und Sozialer Marktwirtschaft** zu finden und zu halten.

2.2. Kommentar: Herbert Reul Mitglied des Europäischen Parlaments (CDU/EVP)

Herbert Reul kommentierte, Welfens habe ausführlich erläutert, wie eine europäische Soziale Marktwirtschaft in Zukunft aussehen solle. Im politischen Alltag seien Ideen für die Zukunft der Europäischen Union und ihrer sozialen Dimension äußerst wichtig, doch bei der Entwicklung von Zukunftsvisionen müsse mit besonderer Sorgfalt darauf geachtet werden, dass die Menschen nicht überfordert und mitgenommen würden. Die mangelnde Begeisterung der Bevölkerung für das europäische Projekt sei ein zentrales Problem. Es gebe dafür eine Vielzahl von Gründen, die nicht mit einfachen Lösungen behoben werden könnten. Die Bevölkerung interessiere sich in erster Linie dafür, ob und wie Europa es schaffe, ihren Lebensstandard anzuheben. **Die Bürger störe aber ein zu hohes Maß an Einmischung und Regulierung.** Die Politiker müssten den Menschen daher offen zeigen, was sie erreicht hätten und was als nächstes kommen solle. Die bisherigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise seien richtige Schritte gewesen, dennoch sei die EU noch nicht über den Berg.

Der weitere Weg zur Krisenüberwindung könne nur dann erfolgreich gegangen werden, wenn auch die Beteiligten auf nationaler Ebene ihre Hausaufgaben machen würden. Jedoch sei die momentane Situation in der EU problematisch: Natürlich komme es bei europäischen Treffen zu der Situation, in der andere Staaten vom deutschen Beispiel lernen wollten. Genauso gebe es aber auch die Forderung, dass Deutschland sich zurückhalten solle, um die Länder ihre eigenen Erfahrungen machen zu lassen. Was aus dem deutschen Beispiel allerdings gelernt werden könne, sei die **hohe Bedeutung von funktionierenden und dadurch stabilisierenden staatlichen Institutionen.** Natürlich müsse auch die Kommission ihre Rolle als Kontrolleur wahrnehmen. Statt ständig neue Ideen zu produzieren, solle sie sich der Frage widmen, wie die bereits beschlossenen Ideen in den einzelnen Ländern umgesetzt würden.

Die soziale Dimension Europas muss nach Ansicht von Reul definitiv gestärkt werden. In der konkreten Ausgestaltung stimme er in vielen Punkten Welfens zu. An erster Stelle müsse aber die Schaffung eines Fundaments stehen. **Zunächst müsse die Ordnung der nationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik vorhanden sein,** insbesondere der Abbau der bestehenden Verschuldung, um überhaupt die Chance für Wachstum zu schaffen. Erst dann könnten sich auch neue Möglichkeiten für soziale Maßnahmen innerhalb der einzelnen Staaten ergeben. Dabei spiele von europäischer Seite eine besonders große Rolle, wie mit den vorhandenen Mitteln zur Unterstützung der schwächeren Länder umgegangen werde. Bereits das Beispiel der Strukturfonds zeige, dass eine stärkere Kontrolle von Nöten sei. Nur so könne sichergestellt werden, dass aus finanzieller Unterstützung nachhaltiges Wachstum und eine strukturelle Verbesserung für die Zukunft entstehe. Natürlich könne und solle nicht alles zentral auf EU-Ebene festgelegt

werden. Immer mehr Länder hätten durch die bestehende Notsituation den großen **Vorteil des Voneinander-Lernens** erkannt.

Zentral sei nun die Frage, wie **in den Krisenländern wirtschaftliches Wachstum angeregt** werden könne. Finanzielle Hilfe alleine könne für keine Krisensituation der richtige Weg sein. Vielmehr müsse dauerhaft überprüft werden, ob die Hilfen an den richtigen Stellen eingesetzt würden. Welfens' Äußerung, dass die Überwindung der Krise mit der Darstellung der Wahrheit beginne, sei der wichtigste Satz gewesen. Transparenz und die Erfassung der Realität seien wichtiger als täglich neue Ideen und Konzepte. Fehler könnten überhaupt nur dann beseitigt werden, wenn sie erkannt würden. Eine zentrale Steuerung helfe dabei nur wenig. Jeder Mitgliedstaat könne für sich sehen, an welchen Stellen er erfolgreiche Maßnahmen von anderen übernehmen könne, und er solle sie nicht von außen aufgesetzt bekommen.

2.3. Diskussion: Moderation durch Stephan Thalhofer Referent für Europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik und Gewerkschaften, Europabüro der Friedrich-Ebert-Stiftung, Brüssel

Welfens gab zu bedenken, dass Europa im Vergleich zu den USA in seiner Krisenbewältigung viel zu langsam sei. Der amerikanische Pragmatismus lasse schnellere und direktere Lösungen zu. Besonders bei Umverteilungsmaßnahmen handle Europa zu oft ineffizient und interveniere nicht immer an den Stellen, an denen die Hilfe gerade am dringendsten benötigt werde. Er sehe unter diesen Umständen nicht, wie das Versprechen auf Solidarität und eine Soziale Marktwirtschaft verwirklicht werden könne. Dazu reiche nicht aus, dass der Deutsche Bundestag seine Solidarität mit Griechenland bekunde.

Klaus Müller, Mitarbeiter der Vertretung des Landes NRW bei der EU, kritisierte Welfens' Darstellung der USA als Vorbild. Es handle sich dabei eher um ein abschreckendes Beispiel. Schließlich sei die Staatsverschuldung nirgendwo so hoch wie in den Vereinigten Staaten und auch im Außenhandel wiesen die Bilanzen Defizite auf. Wesentlich sinnvoller sei der Blick auf die Staaten innerhalb der EU, die sehr erfolgreich die Krise überstanden haben, wie die skandinavischen Länder. Dort spreche eine extrem hohe Beschäftigungsquote für ein erfolgreiches Modell. Statt die USA als Referenzpunkt zu wählen und damit über die dortigen Missstände hinwegzusehen, solle Europa sich auf seine eigenen Stärken besinnen. Schließlich gebe es hier bereits sehr gut funktionierende Sozialsysteme.

Welfens räumte gravierende Unterschiede zwischen Europa und den USA ein. Die Amerikaner hätten von sich aus ein grundlegend anderes Bedürfnis nach Umverteilung, als es in Europa der Fall sei. Trotzdem könne man von den Vereinigten Staaten auch hier einiges lernen. Zuallererst sei dies die Handlungsfähigkeit des politischen Systems. Europa gelte in vielen Teilen der Welt, wie beispielsweise in den asiatischen Staaten, nicht mehr als funktionierendes Beispiel für gelungene Integration. Wenn nach drei Jahren eine Krise in Mitgliedstaaten der EU, die nur zwei

Prozent des gesamten BIP erwirtschafteten, immer noch nicht gelöst sei, sende dies kein positives Integrationssignal in den Rest der Welt.

Welfens hob die Vorteile hervor, welche sich aus einer supranationalen Sozialen Marktwirtschaft und aus einem größeren finanziellen Anteil der EU-Ebene ergeben würden. Erstens wären die Menschen stärker motiviert, sich an europäischen Wahlen zu beteiligen, wenn der finanzielle Rahmen Europa größer werde. Damit würde dann mehr demokratische Verantwortung nach Brüssel verlagert. Zweitens könne eine gemeinsame europäische Konjunkturpolitik auch die Effizienz von Konjunkturpolitik steigern. Momentan bestehe ein großer Teil des Problems darin, dass die einheitliche europäische Geldpolitik von vielen verschiedenen nationalen Konjunkturpolitiken getragen werden solle. Bei einer solchen Vielfalt könne es nicht zu einer konsistenten Abstimmung zwischen den einzelnen nationalen Parlamenten kommen.

Gleichzeitig verwies Welfens auf die Nachteile einer zu starken Bedeutung der nationalen Ebene. Er deutete beispielsweise die prominente Rolle der europäischen Gipfeltreffen als Zeichen für eine Renationalisierungstendenz. Denn hier repräsentierten lediglich die nationalen Regierungschefs die europäische Entscheidungsebene, während das Europäische Parlament oder die Kommission in der Öffentlichkeit nicht als entscheidungsrelevant aufträten. Und so sinnvoll die Idee des Voneinander-Lernens der Mitgliedstaaten sei, gebe es gerade in der Sozialpolitik Aufgaben, die nicht über die Offene Methode der Koordinierung bestritten werden könnten. Um beispielsweise bei gesamteuropäischen Problemen wie der Jugendarbeitslosigkeit wirklich etwas voranzubringen, bedürfe es finanzieller Mittel auf EU-Ebene. Das Europäische Parlament sei gefragt, für sich mehr Rechte einzufordern, denn die jetzige institutionelle Architektur sei schlicht nicht zukunftsfähig.

Reul erinnerte an die Debatten über den letzten EU-Haushalt, wo bereits sehr geringe Veränderungswünsche des Europaparlaments zu heftiger Kritik geführt hätten. Dies verweise auf die stark an den Mitgliedstaaten orientierte Funktionslogik der Union. Selbst im Deutschen Bundestag oder auch im nordrhein-westfälischen Landtag fänden Entscheidungen zu Gunsten einer Mittelverschiebung auf die EU-Ebene keine Zustimmung. Wenn dann noch die Krisenländer in die Betrachtung mit einbezogen würden, denen tatsächlich keine finanziellen Mittel für einen Transfer nach Brüssel zur Verfügung stünden, sehe er keine Chance für eine Steigerung des EU-Haushalts. Stattdessen müsse zunächst geprüft werden, ob nicht die effizientere Verwendung der bereits bestehenden Mittel möglich sei.

Michaela Kauer, Leiterin des Verbindungsbüros der Stadt Wien in Brüssel, wies darauf hin, dass sich sowohl der österreichische als auch der deutsche Föderalismus immer wieder als Hemmnis entpuppten, wenn es um schnelle Änderungen in der EU gehe. Sie fragte, ob es nicht sinnvoll sein könne, wenn für die Zukunft relevante Investitionen aus den Maastricht-Kriterien ausgenommen würden. Wenn es sich um Investitionen handle, die zu einer Steigerung der Nachfrage führten, könne dies schließlich auch zur Entspannung der national angespannten konjunkturellen Lage führen. **Reul** entgegnete, die Aufweichung der Maastricht-Kriterien sende falsche Signale an die EU-Staaten. Es dürfe nicht der Eindruck erweckt werden, dass weitere Verschuldung nun wieder toleriert werde.

Oliver Röpke, Leiter des Europabüros des österreichischen Gewerkschaftsbunds und Mitglied des Europäischen Wirtschaft- und Sozialausschusses, stimmte Welfens zu: Man müsse stärker ein Wachstums- und Verteilungsmodell auf europäischer Ebene thematisieren. Auch wenn sich Europa der Austerität verpflichte, dürfe die gerechte Umverteilung nicht aus dem Fokus verschwinden. Gerecht heiße in diesem Zusammenhang, dass nicht die Ärmsten am meisten unter der Austeritätspolitik leiden, sondern die Stärksten auch die größte Last schultern sollten. Das beziehe sich auch auf die nationale Umverteilung in den Krisenstaaten, denn auch dort gebe es Gruppen, die in der Lage seien, einen größeren Teil dieser Last zu tragen. Zu diesem Punkt müsse sich auch die EU-Ebene positionieren.

Eine europäische Arbeitslosenversicherung hielt er zwar für einen spannenden Ansatz. Er warne aber davor, einen derartigen Vorschlag übereilt als Lösung zu präsentieren. Eine gemeinsame Regelung dürfe vor allem nicht zur Benachteiligung der Länder führen, die bereits eine sehr aktive und effektive Arbeitsmarktpolitik verfolgen, und im Gegenzug diejenigen bevorteilen, die hier noch Nachholbedarf hätten. Wenn gewachsene Sozialsysteme auf nationaler Ebene beschädigt würden, führten solche Maßnahmen schnell zu einer weiter sinkenden Akzeptanz der EU bei den Beschäftigten. Bevor ein gemeinsames europäisches Sozialsystem überhaupt in Angriff genommen werde, müsse als erster Schritt die Festlegung von hohen gemeinsamen Kriterien erfolgen.

Welfens stimmte zu, dass die Union institutionelle Änderungen nicht überstürzen dürfe und Sorgfalt bei der Umsetzung von Maßnahmen anwenden müsse. Es gehe ihm darum, erst einmal eine Größenordnung zu bestimmen und sich anzusehen, wie ein derartiges Vorhaben finanziert werden könne und welche Voraussetzungen noch geschaffen werden müssten. Letztendlich müsse jede institutionelle Änderung eine doppelte Dividende bringen, nämlich sowohl auf der nationalen als auch auf der europäischen Ebene. Eine neue vertikale Arbeitsteilung bezüglich der Aufgaben, der Ausgaben und der Einnahmen könne genau diese doppelten Vorteile mit sich bringen. Als weiteren Vorteil eines solchen Vorgehens sehe er, dass mehr nationale Politiker davon überzeugt werden könnten, dass eine Verlagerung von Ressourcen und Kompetenzen auf EU-Ebene auch zu ihrem eigenen Vorteil sei. Vielleicht sähen einige Politiker diese Notwendigkeit erst ein, wenn sie auf der nationalen Ebene so weit durch die Finanzmärkte fremdbestimmt würden, dass ihnen bewusst werde, wie eng ihre politische Gestaltungsmacht mit der Verlagerung von Kompetenzen auf die europäische Ebene zusammenhänge.

3. Soziales Europa: Politische Perspektiven

3.1. Vortrag: Konfliktlinien auf dem Weg zu einer sozialen Union: Europaparlament und Europarteien, Prof. Dr. Hartwig Hummel

Projektleiter Forschungs-Initiative NRW in Europa (FINE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Die **Eurokrise ist für die EU nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine politische Krise**. Es geht nicht nur darum, das Bankensystem zu stabilisieren, die Staatsverschuldung einzudämmen und für Wachstum und Arbeitsplätze zu sorgen. Sorgen bereitet auch die drohende Desintegration von Eurozone und EU, die Entfremdung zwischen Bürgern und EU und die Entsolidarisierung in und zwischen den Mitgliedstaaten. Als Indikatoren für die dramatische Zuspitzung der Legitimationskrise lassen sich neue Umfragen des Eurobarometers anführen. Wir sehen hier einen dramatischen Vertrauensverlust in den Euro-Krisenländern, in denen das Krisenmanagement durch Rat und Troika als massiver Abbau von Demokratie erlebt wird (Abb. 1).

Abb. 1: Unzufriedenheit mit der Demokratie in der EU steigt in den Krisenländern

Netto-Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU (%) („Zufrieden“ minus „Nicht-Zufrieden“)		
	Herbst 2009	Frühjahr 2013
Zypern	36	-46
Griechenland	15	-54
Portugal	9	-58
Spanien	29	-31
Italien	25	-16
Irland	38	3
EU 27	22	-3

Quelle: Standard Eurobarometer 72, QA 18a (Erhebung im Herbst 2009); Standard Eurobarometer 79, QA21b (Erhebung im Frühjahr 2013), eigene Berechnungen.

Krisenüberwindung auch durch „Politisierung“ der Europapolitik

Wie kann diese politische Krise überwunden werden? Im **FINE-Gutachten**² hatten wir argumentiert, dass das gelingen kann, wenn in der EU echte politische Optionen bestehen. Eine solche „Politisierung“ erfordert vor allem ein neues Verständnis der Parteien und der Europawahlkampf 2014 bietet dafür eine Chance. Inhaltlich könnte eine solche Politisierung darin bestehen, die scheinbare Alternativlosigkeit der Liberalisierungs- und Austeritätspolitik aufzubrechen und ihr

² Alemann, Ulrich von/Dreyer, Domenica/Heidbreder, Eva G./Hummel, Hartwig (2013): Gutachten zur „Politischen Union“. Demokratische Mitgestaltung und soziale Sicherheit. Wissenschaftliches Gutachten im Auftrag der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf: FINE.

das Projekt einer europäischen Sozialen Marktwirtschaft und einer „Sozialunion“ gegenüber zu stellen. Dieser Beitrag geht auf die Bedingungen und Chancen dafür ein.

Die Ausweitung der europäischen Kompetenzen hat die Demokratie auf nationaler Ebene eingeschränkt, ohne dass gleichzeitig für eine volle Kompensation auf EU-Ebene gesorgt wurde. Die institutionellen Reformen der Europaverträge brachten zwar einen deutlichen Kompetenzgewinn für das Europäische Parlament (EP). Doch die europäische Öffentlichkeit sieht im Parlament primär ein Kontrollorgan und weniger einen demokratisch verantwortlichen Politikgestalter. Denn bei den Europawahlen geht es aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger kaum um politische Alternativoptionen. Das entscheidende *Linkage* zwischen Bürgerschaft und Politik, also deren Rückkopplungsmöglichkeiten, funktioniert nicht. Das **Demokratiedefizit in der EU** beruht aber nicht allein auf einem institutionellen Versäumnis. Es ist zum Teil Ergebnis einer schon länger betriebenen, bewussten Depolitisierungsstrategie, die von einem konservativen, elitenorientierten Demokratieverständnis herrührt. Auch beim Management der Euro-Schuldenkrise durch Merkel und Sarkozy dominierte ein „intergouvernementaler Multilateralismus“ jenseits der bestehenden EU-Institutionen, zum Beispiel beim „Euro-Rettungsschirm“ (ESM) oder bei der Schuldenbremse (Fiskalpakt).

Zur Wiedergewinnung demokratischer Legitimation plädiert die Forschung für eine „Politisierung“ der Europapolitik.³ Es handelt sich um folgende Elemente:

- alternative Politikprogramme,
- eine öffentliche Debatte entlang der polarisierten Parteiprogramme,
- Mehrheitsentscheidungen in den EU-Gremien entlang der polarisierten Parteiprogramme,
- die politische Besetzung der EU-Ämter mit klaren elektoralen Verantwortlichkeiten.

Einige Forscher warnen, die europäischen Institutionen seien noch zu schwach für eine solche Politisierung. Voraussetzung dafür sei eine gemeinsame europäische Identität, einschließlich eines Mindestmaßes an Solidarität, die die jeweiligen Minderheiten veranlassten, Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren.⁴ Und eine Europäisierung durch Parteien stärke nur die Partieliten zuungunsten der Basis.⁵ Diese Argumentation verkennt jedoch die bestehenden vielfältigen Interdependenzen und Verflechtungen in Europa, denen eine weitgehend national organi-

³ De Wilde, Pieter/Zürn, Michael (2012): Can the Politicization of European Integration be Reversed, in: Journal of Common Market Studies 50 (2012), 137-153; De Wilde, Pieter (2011): No Polity for Old Politics? A Framework for Analyzing the Politicization of European Integration, in: Journal of European Integration 33 (2011) 5, 559-575; Papadopoulos, Yannis/Magnette, Paul (2010): On the Politicisation of the European Union: Lessons from Consociational National Polities, in: West European Politics 33 (2010) 4, 711-729.

⁴ Scharpf, Fritz W. (1999): Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch? Frankfurt a.M.; New York: Campus; Scharpf, Fritz W. (2010): Community and autonomy: institutions, policies and legitimacy in multilevel Europe. Frankfurt a.M.; New York: Campus; Bartolini, Stefano (2006): Should the Union Be 'Politicised'? Prospects and Risks, in: Notre Europe Policy Paper (2006)19, 29-50.

⁵ Bartolini, Stefano (2006): Should the Union Be 'Politicised'? Prospects and Risks, in: Notre Europe Policy Paper (2006)19, 29-50; Carter, Elisabeth/Poguntke, Thomas (2010): How European Integration Changes National Parties: Evidence from a 15-Country Study, in: West European Politics 33(2010)2, 297-324.

sierte Demokratie nicht mehr angemessen ist. Die Rückführung demokratischer und sozialer Teilhabe auf den Nationalstaat ist keine Lösung mehr.

Richtig ist aber, dass **für eine demokratische Legitimation Reformen zur institutionellen Stärkung des Europaparlaments alleine nicht ausreichen**. Die substanziellen Kompetenzerweiterungen durch die diversen Europaverträge konnten jedenfalls den Rückgang der Wahlbeteiligung nicht stoppen. Die Medienberichterstattung stellt das EP weiterhin meist als einheitlichen Akteur den anderen EU-Organen gegenüber und thematisiert kaum parteipolitische Kontroversen. Europapolitik, auch und gerade in der Eurokrise, wird überwiegend als Politik zwischen Nationen thematisiert („Deutschland gegen Griechenland“).

Eine Politisierung erfordert zunächst, dass es klare Alternativoptionen gibt. Der klassische Rechts-Links-Gegensatz bildet in modernen Demokratien die dominierende Achse politischer Mobilisierung und wäre daher auch die naheliegende Orientierung für eine Politisierung der EU. Diese erfordert zunächst die Entwicklung einer linken Alternative zum bisherigen, vermeintlich alternativlosen Kurs der radikalen Liberalisierung im Binnenmarkt und des Sozialabbaus als Hauptbestandteil des Schuldenmanagements. Elemente einer solchen linken Alternative sind in der deutschen Debatte vor allem im Umfeld der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Gewerkschaften entwickelt worden.⁶ Sie ließen sich zusätzlich mit Elementen eines „Green New Deal“ verbinden.⁷ Im Mittelpunkt dieser konkreten Vorschläge steht erstens die Etablierung einer europäischen Sozialunion und zweitens der Umbau der Wirtschafts- und Währungsunion zu einer Sozialen Marktwirtschaft mit einer starken europäischen Wirtschaftsregierung. Das Projekt einer sozialen Union und das Projekt einer Demokratisierung der EU könnten sich idealerweise gegenseitig stützen. Einerseits könnte das Projekt der Wirtschaftsregierung und Sozialunion nur durch breite demokratische Unterstützung gegen zu erwartende Widerstände durchgesetzt werden. Im Gegenzug würde die Verwirklichung einer sozialen Orientierung die demokratische Legitimation der Europapolitik in großen Teilen der Bevölkerung stärken.

Parteiherrschaft ohne Parteiendemokratie in der EU

Eine Grunderkenntnis der Politikwissenschaft lautet, dass politische Parteien unverzichtbar sind für die Verwirklichung von Demokratie in modernen politischen Systemen, trotz aller Parteien-

⁶ Busch, Klaus/Hermann, Christoph/Hinrichs, Karl/Schulten, Thorsten (2012): Eurokrise, Austeritätspolitik und das Europäische Sozialmodell. Wie die Krisenpolitik in Südeuropa die soziale Dimension der EU bedroht. in: FES, Internationale Politikanalyse (2012)Nov.; Dullien, Sebastian/Schwarzer, Daniela (2010): Umgang mit Staatsbankrotten in der Eurozone. Stabilisierungsfonds, Insolvenzrecht für Staaten und Eurobonds, in: SWP-Studien (2010)6; Bast, Jürgen (Hg.) (2013): Wohlfahrtsstaatlichkeit und soziale Demokratie in der Europäischen Union. Baden-Baden: Nomos; Hacker, Björn (2011): Konturen einer politischen Union. Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion durch mehr Integration neu justieren, in: FES, Internationale Politikanalyse (2011) Okt.; Platzer, Hans-Wolfgang (2012): Vom Euro-Krisenmanagement zu einer neuen politischen Architektur der EU? Optionen einer sozialen und demokratischen Vertiefung des Integrationsprojekts, in: FES, Internationale Politikanalyse (2012)Juni.

⁷ French, Hilary/Renner, Michael/Gardner, Gary (2009): Auf dem Weg zu einem Green New Deal. Die Klima- und Wirtschaftskrise als transatlantische Herausforderung. Ein Strategiepapier. Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin. Schepelmann, Philipp (2009): A Green New Deal for Europe: towards green modernisation in the face of crisis; a report by the Wuppertal Institute for Climate, Environment and Energy. Brussels: Green European Foundation.

verdrossenheit. Die Parteien stellen das entscheidende *Linkage* zwischen Wählern und politischen Entscheidern bereit. Dies trifft auch auf das politische System der EU zu, doch hier ist eine parteibasierte Demokratie noch nicht voll entwickelt. Thomas Poguntke vom Düsseldorfer Parteienforschungsinstitut fasste die einschlägige Forschung wie folgt zusammen:

„Der europäische politische Prozess ist (...) ein parteipolitischer Prozess ohne Parteienregierung. Er folgt einer parteipolitisch eingefärbten Logik, aber diese Logik ist national eingefärbt, durch nationale Interessen überformt und lässt wenig europäische demokratische Verantwortlichkeit (...) zu.“⁸

Im politischen System der EU gibt es **mehrere Typen von Parteien:**⁹

- Die Hauptakteure sind die klassischen nationalen Parteien.
- Dazu kommen die Fraktionen im Europaparlament, in denen sich die Abgeordneten organisieren, die weiter Mitglieder nationaler Parteien sind. Die Zusammenarbeit zwischen weltanschaulich teilweise weit disparaten Partnern ist jedoch schwierig und es kommt immer wieder zu Spaltungen und Umgruppierungen. Diese Fraktionen sind alleine auf das Europaparlament bezogen und stellen einen eigenständigen, von den nationalen Parteien weitgehend entkoppelten Handlungszusammenhang dar.
- Wenig bekannt sind die außerparlamentarischen transnationalen Parteienverbünde, die Europarteien. Sie stellen bislang eher eine Art „Holding“ nationaler Parteien dar und treten den nationalen Parteien kaum als eigene Akteure gegenüber. Die Europarteien nehmen mehrere politische Funktionen in unterschiedlichem Maße wahr. Sie sind sehr aktiv in Bezug auf Kommunikation und Koordination auf europäischer Ebene. Sie haben eine begrenzte Bedeutung bei der Programmarbeit, da die bisherigen Europarteiprogramme nur eine sehr bescheidene Wirkung entfalten konnten. Schließlich dominieren bei der Kandidatenaufstellung für das Europaparlament und weitere politische Ämter weiterhin die nationalen Parteien.

Poguntke¹⁰ argumentiert, dass für ein „wirklich europäisches Parteiensystem“ nationale Mitgliedsparteien Macht an die jeweilige Europartei abgeben müssten. Sie müssten die gesamte zugehörige EP-Fraktion als eigene Vertretung behandeln, nicht nur die jeweilige nationale Delegation. Er beurteilt die **Chancen zur Stärkung der Europarteien** eher skeptisch, denn die Führer der nationalen Parteien würden kaum freiwillig einer Machtabgabe an die Europarteien zustimmen. Doch Poguntke sieht auch einen Ausweg: Vielleicht könne gerade eine Krise wie die Eurokrise traditionelle Widerstände aufbrechen. Gerade jetzt bestehe eine günstige Gelegenheit zur Reform.

Eine Auftragsstudie des EUI für das Europaparlament von 2010¹¹ beschreibt Maßnahmen, wie die Parteiendemokratie in der EU gestützt werden könnte. Diese Studie betont, Änderungen des Wahlrechts seien für die Entstehung eines transnationalen Parteiensystems in der EU gar nicht

⁸ Poguntke, Thomas (2013): Politik in der Europäischen Union: Parteienherrschaft ohne Parteienregierung, in: Poguntke, Thomas/Morlok, Martin/Merten, Heike (Hrsg.): Auf dem Weg zu einer europäischen Parteiendemokratie. Baden-Baden: Nomos, 9-21.

⁹ Poguntke (2013).

¹⁰ Poguntke (2013).

¹¹ Bardi, Luciano/Bressanelli, Edoardo/Calossi, Enrico/Gagatek, Wojciech/Mair, Peter/Pizzimenti, Eugenio (2010): How to Create a Transnational Party System. Brussels: European Parliament.

entscheidend. Hilfreich sei dagegen die Schaffung eines europarechtlichen Rahmens für die Europarteien und deren finanzielle Unterstützung durch die EU. Im Jahr 2013 wurden so insgesamt 21,6 Mio. Euro bereitgestellt, das sind etwa zwei Drittel der Finanzen der Europarteien. Dazu kommen noch 12,4 Mio. Euro für die Politischen Stiftungen der Europarteien.

Parteipolitik im Europäischen Parlament

Das Europäische Parlament gilt als Verkörperung der Parteiendemokratie in der EU. Dies stimmt aber nicht ganz. Die Abgeordneten verdanken ihr Mandat nämlich „**nationalen Sekundärwahlen**“, bei denen regelmäßig nationale Themen im Vordergrund stehen. Das Abstimmungsverhalten im EP erfolgt inzwischen weitgehend nach Fraktionen. Doch diese sind nur wenig an die nationalen Parteien oder Wählerschaften rückgebunden, denen die Abgeordneten ihr Mandat verdanken, und im programmatischen Bereich gibt es nur wenig kontinuierliche Koordination zwischen nationaler Partei und EP-Fraktionen. Poguntke weist zudem auf ein verbreitetes Missverständnis hin. Bei Europawahlen kann es gar nicht um mehr oder weniger Europa oder um die Kompetenzverteilung zwischen den Organen gehen. Solche Dinge werden in den EU-Verträgen niedergelegt, und über deren Ratifizierung wird auf nationaler Ebene entschieden. Bei nationalen Wahlen spielt jedoch diese EU-Verfassungspolitik in der Regel keine Rolle.

Wie steht es nun um die Politisierung bei Abstimmungen im Europäischen Parlament? Statistischen Erhebungen zufolge entscheidet das EP in etwa 70 Prozent der Fälle mit einer **Großen Koalition**, d.h. mit gleichgerichteten Voten von EVP und Sozialdemokraten und zumeist auch den Liberalen. Immerhin 30 Prozent der Fälle werden polarisiert entschieden. Dies wäre ein begrüßenswerter Ansatz zur Politisierung der Europapolitik. Überraschend ist jedoch, dass in der neuen Legislaturperiode ausgerechnet die Sozialpolitik zu den am wenigsten polarisierten Politikfeldern gehört, d.h. hier noch häufiger in Großen Koalitionen abgestimmt wird. Interessant ist ein weiteres Muster: In materiellen Fragen der Wirtschafts-, Agrar- und Sozialpolitik kann sich meist eine rechte Mehrheit durchsetzen, während in postmateriell-wertebezogenen Fragen wie Umwelt, Gleichstellung und Grundrechtsschutz häufiger eine linke Mehrheit zustande kommt (Abb. 2).

Abb. 2: Namentliche Abstimmungen im EP6 (2004-2009) und EP7 (2009-Mai 2012) nach Politikbereichen und Mehrheitskoalitionen

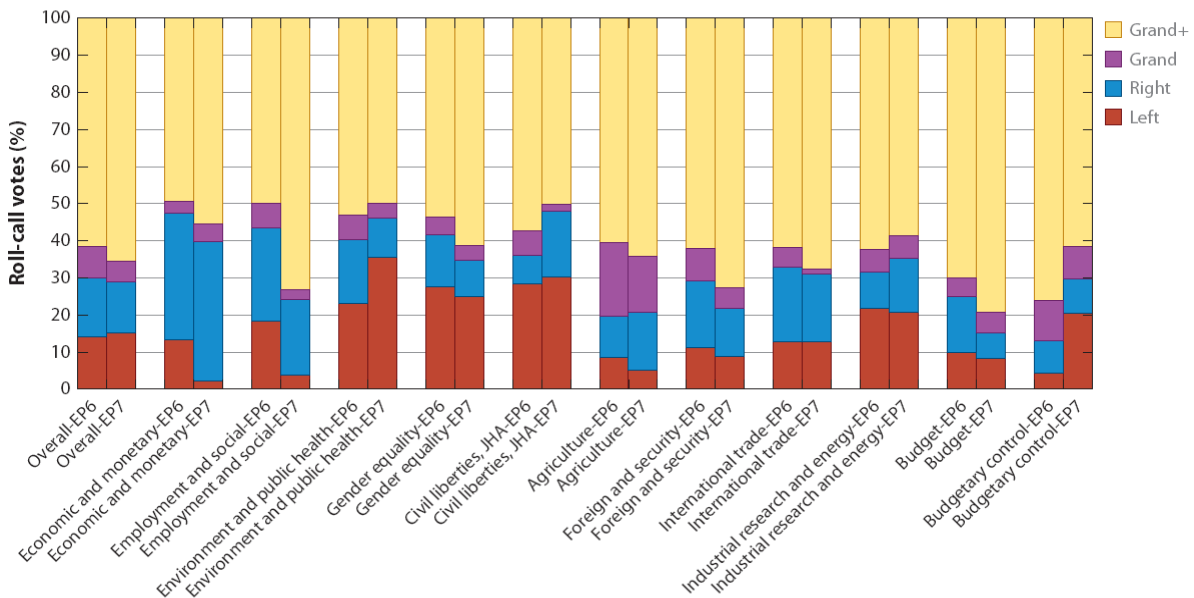
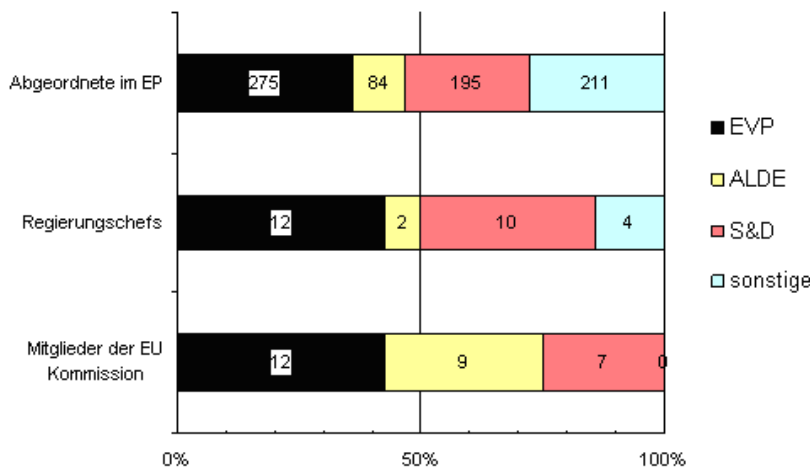


Figure 2

Coalition patterns in the 2004–2009 (EP6) and 2009–2014 (EP7) European Parliaments. Source: <http://www.VoteWatch.eu>. “Grand+” = EPP + SOC + ALDE; “Grand” = EPP + SOC against ALDE; “Right” = EPP + ALDE against SOC; “Left” = SOC + ALDE against EPP. The figure shows the proportion of times each type of coalition occurred in roll-call votes between July 2004 and June 2009 and between July 2009 and May 2012. Two political groups were deemed to have voted the same way if the plurality of members in each group voted the same way (e.g. Yes, No, or Abstain). The votes are grouped by issue area according to the origin of the committee reports. Only those committees were included where > 100 votes took place in both sessions of the European Parliament.

Quelle: Hix, Simon/Høyland, Bjørn (2013): Empowerment of the European Parliament, in: Annual Review of Political Science 16 (2013), 171-189, S. 179.

Abb. 3: Parteipolitische Zusammensetzung der EU-Organe



Quelle: eigene Zusammenstellung.

Parteilpolitik im Rat

Auch der Rat setzt sich aus Parteipolitikern zusammen, allerdings aus solchen, die ausschließlich nach nationalen Kriterien gewählt sind. Daher schwankt die parteipolitische Zusammensetzung des Rats in Abhängigkeit von nationalen Wahlen. Es besteht **keinerlei Synchronität von Rats-Mehrheit und Parlaments-Mehrheit**. Insofern fehlt an dieser entscheidenden Stelle das demokratische *Linkage* zwischen europäischen Wahlen und politischen Mehrheiten auf europäischer Ebene¹² (Abb. 3). In der Öffentlichkeit wird der Rat kaum unter parteipolitischen Mehrheitsverhältnissen betrachtet. Dabei können solche Mehrheiten durchaus den Kurs der Europapolitik mitbestimmen. So gab es Anfang der 2000er Jahre ein starkes Gewicht linker Regierungen im Rat. In dieser Zeit wurde der Verfassungskonvent eingesetzt, der der wirtschaftlichen eine politische Union an die Seite stellen sollte. In der Zeit der Eurokrise finden wir im Rat ein zunehmendes Gewicht konservativ und liberal geführter Mitgliedstaaten. Daher darf auch der vom Rat verschärfte Austeritätskurs nicht verwundern.

An der Politisierung des Rats sind inzwischen auch die Europarteien beteiligt. Diese halten seit vielen Jahren regelmäßig Gipfeltreffen ab. Dort treffen sich nicht nur die nationalen Parteiführer, sondern auch führende Parteimitglieder aus den europäischen Gremien. Diese **Europarteigipfel** sind vor allem im Vorfeld der EU-Gipfel zunehmend wichtig geworden. Die Parteien nützen dieses Potential aber noch zu wenig. Vor allem während der Eurokrise haben eher bilaterale Treffen dominiert. Und die Sozialdemokraten bedienen sich einer einschlägigen Studie¹³ zufolge weniger erfolgreich des Instruments der Europarteigipfel als die EVP. Schröder und Blair seien als Regierungschefs dort kaum anwesend gewesen. Merkel dagegen sei bei den EVP-Gipfeln sehr präsent und nutze sie aktiv. Die EVP habe bei den Gipfeln u.a. erfolgreich Absprachen zur Wahl Barrosos zum Kommissionspräsidenten getroffen.

Parteilpolitik in der Kommission

Die Mitglieder der Kommission sollen laut EUV (Art. 17.7) allein „aufgrund ihrer allgemeinen Befähigung und ihres Einsatzes für Europa“ bestellt werden, wobei lediglich die „demographische“ und „geographische“ Repräsentativität zu wahren ist. Dessen ungeachtet **handelt es sich bei den Mitgliedern der Kommission durchweg um profilierte nationale Parteipolitiker**. Der Kommissionspräsident verdankt sein Amt parteipolitischen Absprachen auf *europäischer* Ebene. Bei seiner Wahl muss laut Lissabon-Vertrag künftig ausdrücklich das Ergebnis der Europawahlen mitberücksichtigt werden.

Die gegenwärtige **Kommission Barroso II hat eine eindeutig konservativ-liberale Tendenz** (Abb. 3). Daher darf man sich über den neoliberalen Kurs der Kommission auch nicht wundern. Ein solcher Kurs ist aber, historisch betrachtet, nicht zwangsläufig. Es gab z.B. Ende der 1980er

¹² Bartolini, Stefano (2006): Should the Union Be 'Politicised'? Prospects and Risks, in: Notre Europe Policy Paper 19, 29-50.

¹³ Van Hecke, Steven/Johansson, Karl Magnus (2013): Gipfelpolitik politischer Parteien auf europäischer Ebene: eine vergleichende Analyse, in: Poguntke, Thomas/ Morlok, Martin/Merten, Heike (Hrsg.): Auf dem Weg zu einer europäischen Parteiendemokratie. Baden-Baden: Nomos, 175-190.

Jahre, in der entscheidenden Zeit der Vorbereitung des Binnenmarkt-Projekts unter Jacques Delors, auch deutlich linksorientierte Kommissionen. Bezeichnend ist auch die parteipolitische Verteilung der hier relevanten Politikfelder: Neben dem Kommissionspräsidenten gehören u.a. die Kommissare für „Industrie und Unternehmertum“, „Binnenmarkt und Dienstleistungen“ sowie „Energie“ Mitgliedsparteien der EVP an. Liberale Kommissare betreuen u.a. „Wirtschaft und Währung, Euro“ und „Handel“. Für sozialdemokratische Kommissare bleiben dagegen – neben hier nicht relevanten Politikfeldern – nur „Wettbewerb“ und „Beschäftigung, Soziales und Integration“.

Europawahl 2014: Chance für eine Politisierung

Insgesamt spielt die Parteipolitik in den drei zentralen Gremien der EU - entgegen der öffentlichen Wahrnehmung - schon heute eine wichtige Rolle. Allerdings bleibt diese Parteipolitik bislang *national* dominiert. Wie stehen nun die **Chancen, die anstehende Europawahl 2014 für eine europäische Politisierung zu nutzen?** Dafür lohnt ein **Rückblick auf die vorangegangenen Europawahlen 2009.**

Die **Grünen** waren bereits 2004 mit der ersten gesamteuropäischen Wahlkampagne erfolgreich und setzten dies 2009 fort. Die europaweit koordinierte Wahlkampagne der Grünen auf einheitlicher, programmatischer Basis und mit einem gemeinsamen, prominenten Spitzenkandidaten, Daniel Cohn-Bendit, gilt als positives Beispiel dafür, wie das Potential einer europäisierten Parteistrategie ausgeschöpft werden kann, trotz aller Vorbehalte, inwieweit bei solchen Wahlen europäische Inhalte und Programme relevant sind. Gleichzeitig weisen einschlägige Forschungen darauf hin, dass die **Sozialdemokraten** ihr Potential eines koordinierten europäischen Vorgehens noch nicht ausgeschöpft haben. Zwar hat die SPE ihr Wahlprogramm 2009 erstmals in einem breiten, partizipativen Prozess erstellt. Dieses Programm entspricht inhaltlich bereits den aktuellen Forderungen nach einer Sozialunion und einem sozial orientierten Binnenmarkt. Doch präsentierten die Sozialdemokraten in den vergangenen Jahren weder national, noch europäisch eine kohärente und machtpolitisch glaubhafte Alternative zum vorherrschenden Kurs der Europapolitik. So waren sie Teil der vorherrschenden Großen Koalitionen im Europaparlament. Zudem stützten sie national das austeritätsorientierte Management der Eurokrise und präsentierten 2009 auch keinen gemeinsamen Gegenkandidaten zu Barroso. Das gute Abschneiden der **bürgerlichen Parteien EVP und ALDE** bei der Europawahl 2009 sicherte dennoch keine eigene Parlamentsmehrheit.¹⁴ Für die Fortsetzung und Intensivierung der europäischen Liberalisierungs- und Sparpolitik war vielmehr die Stärkung bürgerlicher Regierungen auf nationaler Ebene, v.a. in Deutschland, weitaus wichtiger.

Die **Europawahl 2014** bietet eine realistische Chance zur europäischen Politisierung. Im Zentrum entsprechender Vorschläge steht die Idee, dass die Europarteien **Spitzenkandidaten** auf-

¹⁴ Die EVP-Fraktion wurde durch die Abspaltung der britischen Konservativen und der tschechischen ODS zwar zahlenmäßig geschwächt, programmatisch aber durch den Weggang der beiden europaskeptischen Parteien wieder homogener und damit handlungsfähiger.

stellen, die sich als Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten bewerben. Rechtliche Grundlage dafür ist der neue Artikel 17(7) EUV des Vertrags von Lissabon. Er lautet:

„Der Europäische Rat schlägt dem Europäischen Parlament nach entsprechenden Konsultationen mit qualifizierter Mehrheit einen Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Kommission vor; dabei berücksichtigt er das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament. Das Europäische Parlament wählt diesen Kandidaten mit der Mehrheit seiner Mitglieder. ...“

Soll die Spitzenkandidatur politisch wirksam, also mobilisierend, sein, muss den Wählern glaubhaft vermittelt werden, dass der Kommissionspräsident tatsächlich aus dem Kreis dieser Personen gewählt wird. Doch anders als öffentlich diskutiert, besteht jedenfalls dem Wortlaut dieses Artikels zufolge kein Anspruch darauf. Der Rat muss nur „das Ergebnis der Wahlen“ berücksichtigen. Außer im unwahrscheinlichen Fall, dass eine Europartei alleine eine Mehrheit im Parlament erringt, entscheidet faktisch nicht „das Ergebnis der Wahlen“, sondern das Ringen um taktische Bündnisse zwischen Fraktionen über die politischen Mehrheiten. Um die Verbindung zwischen Wahlentscheidung und Europapolitik aufrechtzuerhalten, müssten die Europarteien daher – anders als bislang – **bereits im Vorfeld der Wahl politische Lager bilden**. Idealerweise würden dann nicht mehrere Europarteien, sondern nur zwei Lager mit Kandidaten für die Kommissionspräsidentschaft antreten. Dies erinnert sehr an die Kanzlerkandidaten bei den Wahlen zum deutschen Bundestag. Tatsächlich könnte analog dazu auch ein medienwirksames Duell der Euro-Spitzenkandidaten der beiden Lager abgehalten werden.

Fazit und Ausblick

Bietet die gegenwärtige Eurokrise eine **Chance für einen Kurswechsel** in Richtung auf ein sozialeres Europa? Sie hat immerhin zu einer Entzauberung des bisherigen Liberalisierungskurses geführt. Dieser wird nicht mehr als alternativlos akzeptiert. In führenden Kreisen der EU selbst gibt es Reformüberlegungen. Dies schafft Raum für programmatische Debatten über eine Neuausrichtung der europäischen Integration. Außerdem hat das Krisenmanagement zumindest in den Krisenländern zu einer massiven politischen Mobilisierung bei Gewerkschaften und Sozialorganisationen beigetragen. Wahrscheinlich ist bereits der jüngste Erfolg der Europäischen Bürgerinitiative gegen die Wasserprivatisierung mit auf diese Mobilisierung zurückzuführen.¹⁵

In der Eurokrise ist die **Polarisierung** zwischen „Geberländern“ und „Krisenländern“ nach einigen Regierungswechseln **inzwischen weitgehend von der EVP „internalisiert“** worden. Parteipolitisch zur EVP-Familie gehören derzeit die Regierungschefs der „Geberländer“ Deutschland (Merkel), Finnland (Katainen) und Luxemburg (Juncker), ebenso die Regierungschefs der Krisenländer Griechenland (Samaras), Zypern (Anastasiadis), Spanien (Rajoy), Portugal (Passos Coelho) und Irland (Kenny). Diese Konstellation könnte die EVP schwächen, wenn sie wegen der nun bestehenden großen Interessengegensätze ihren vergleichsweise starken inne-

¹⁵ Nachdem sich mehr als eine Million Bürgerinnen und Bürger in sieben EU-Mitgliedstaaten der Bürgerinitiative gegen die geplante Konzessionsrichtlinie angeschlossen hatten, gab Binnenmarktkommissar Barnier im Juni 2013 bekannt, dass die Kommission die Wasserversorgung aus dem Entwurf der umstrittenen Richtlinie streichen werde (SZ 21.6.2013).

ren Zusammenhalt verlieren sollte, der eine Voraussetzung für ihr bislang so gutes Abschneiden bei den Europawahlen war.

Dies sind eigentlich günstige Bedingungen für eine Machtverschiebung bei der nächsten Europawahl, und **bereits die Möglichkeit eines solchen Machtwechsels könnte mobilisierend wirken**. Voraussetzung dafür ist erstens, dass die Europarteien tatsächlich einen europäischen Wahlkampf organisieren, und dass zweitens eine solche Machtverschiebung erkennbar mit einem alternativen politischen Projekt verbunden ist. Wenn die Wahlen im Europaparlament zu einer Neuausrichtung der Europapolitik führen würden, wäre ein entscheidender Schritt hin zur Demokratisierung der EU geschafft. **Falls es nicht dazu kommt, droht ein anderes Szenario**: Eine Renationalisierung, der Rückzug auf den eigenen Wohlfahrtsstaat, dazu vielleicht effektive Subsidiaritätsklagen von Seiten nationaler Parlamente gegen EU-Gesetzesvorhaben, und das alles verbunden mit einem verstärkten Lohn-, Steuer- und Sozialwettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten. Auch eine partielle Desintegration, wie z.B. der Austritt Großbritanniens aus der EU oder der „Rauswurf“ eines Schuldnerlandes aus der Eurozone, wäre dann nicht mehr auszuschließen. Das wollen wir aber nicht hoffen.

3.2. Kommentar: Sven Giegold Mitglied des Europäischen Parlaments (Grüne/EFA)

Sven **Giegold** berichtete, dass man heute bei einer Abstimmung im Europaparlament genau das sehen konnte, was laut Hummels Vortrag gar nicht existiere: **parteipolitische Kontroversen** sowie eine deutliche Spaltung zwischen Links und Rechts. Die EVP habe versucht, die Weiterfinanzierung der europäischen Dachorganisation *Finance Watch* im Wirtschafts- und Währungsausschuss des EP zu verhindern. Sie sei damit allerdings nicht nur gescheitert, sondern habe sich darüber hinaus auch innerhalb des eigenen Lagers gespalten. Er müsse Hummel deshalb entschieden widersprechen, denn nach seiner Erfahrung gebe es genau solche Kontroversen im politischen Alltagsgeschäft der EU öfter. Darüber hinaus könne er sich nicht über mangelndes öffentliches Interesse beklagen, wie das Beispiel ebenfalls zeige. Das mögliche finanzielle Aus für die einzige Bürgerlobby im Bereich Finanzmärkte habe für viel öffentliche Aufregung gesorgt und resultiere aus einer parteipolitischen Debatte.

Nach Ansicht von Giegold **deckt sich die politische Praxis in vielerlei Hinsicht nicht mit den wissenschaftlichen Einschätzungen**:

1. Es gebe zu Wahlkampfzeiten **nicht ein linkes und ein rechtes Lager**, in das man alle Parteien eindeutig einsortieren könne. Diese Vorstellung basiere auf einem politikwissenschaftlichen Wunschdenken, damit Wahlkämpfe möglichst zugespitzt eingeordnet werden könnten. Klar sei, dass es sich bei derart einfachen Eingruppierungen nicht um die Realität handeln könne. Am Beispiel der grünen Parteienfamilie in Europa zeige sich, dass zwar ein Teil eindeutig linksorientiert sei, es aber ebenso konservative Wertevertreter gebe, weshalb eine eindeutige Zuordnung schlicht unmöglich sei.

2. Andererseits könne die von Hummel negierte Links-Rechts-Polarisierung an zahlreichen Stellen im EP vorgefunden werden. Viele relevante Faktoren, die in der Gesetzgebung entscheidend seien, könnten von Wissenschaftlern und Statistikern nicht erfasst werden. Eine **Polarisierung werde zum einen meist nicht in Abstimmungen im Plenum sichtbar**. Die ausgewerteten Abstimmungen seien nicht ausschlaggebend für die Beurteilung, da sie nur in Initiativberichten endeten. Macht habe das EP hingegen in der Gesetzgebung, wobei immer mehr Richtlinien und Verordnungen in der ersten Lesung in den Ausschüssen beschlossen würden, es komme dabei gar nicht mehr zu Plenumsabstimmungen. Wichtig seien daher Ausschussabstimmungen, denn schließlich sei das EP ein Arbeits- und kein Redeparlament. Demokratietheoretisch bewerte er die fehlende Aufzeichnung von Ausschussabstimmungen als höchst fragwürdig. Giegold plädierte als Lösung für eine Kultur der namentlichen Abstimmung, mit deren Hilfe es auch der Wissenschaft möglich werde, die entscheidenden Spuren zu verfolgen. Zudem würden viele Kontroversen bereits in informellen Runden diskutiert, in denen es durchaus klare Spaltungen entlang der Links-Rechts-Achse gebe. Auch bei dem was in den Ausschüssen zur Abstimmung stehe, handle es sich um Kompromisse, die von einer möglichst breiten Mehrheit getragen würden und damit keine klaren Konfliktlinien mehr erkennen ließen.

3. In Europa bestehe die **eigentlich relevante Polarisierung** nicht aus einer Rechts-Links-Unterscheidung, sondern vielmehr aus einer **pro- oder antieuropäischen Grundhaltung**. Als Pro-Europäer suche sich jeder Verbündete unter anderen Pro-Europäern, wodurch es gezwungenermaßen zu Bündnissen kommen müsse, die lagerübergreifend funktionierten. Die nächste Achse, die für Spaltungen unter den Europapolitikern Sorge, finde man zwischen **Eurozone und Nicht-Eurozone**. Der wesentliche Unterschied liege hier zwischen den Staaten, die in größerem Maße integrieren wollten und den Ländern, die mit dem momentanen Integrationsstand arbeiten wollten. Diese Achse könne als überaus entscheidend für die weitere Entwicklung der EU betrachtet werden.

4. Die gewünschte klarere Positionierung der Politik, mit eindeutigeren Verhältnissen wer wofür und wogegen ist, ließe sich **nur über eine weitere Strukturreform der EU-Institutionen** realisieren. Wenn eine Position im Parlament von einer knappen Mehrheit vertreten werde, diese aber vom Rat nicht geteilt werde, komme es im Resultat nicht zu der gewünschten Entscheidung. Selbst eindeutige Mehrheiten im Parlament würden sich durch diese Konstellation nicht unbedingt durchsetzen können.

Informelle Anrufe aus den nationalen Parteien bei den Europaparlamentariern, mit der Frage, ob die bezogene Position auch gut überlegt sei, da der Gesprächspartner doch wahrscheinlich an einer erneuten Kandidatur für das EP interessiert sei, könnten zum politischen Alltag gezählt werden und erwiesen sich als erfolgreiches Mittel der Abgeordnetenbeeinflussung. Als **ein zentrales Problem identifiziere er daher die Rückbindung der Abgeordneten an die nationale Partei**. Die einzige Möglichkeit für einen Parlamentarier in der momentanen europäischen Governancestruktur erfolgreich zu agieren, bestehe deshalb darin, die eigene Position in breiten proeuropäischen Kompromissen unterzubringen. Wenn ein Parlamentarier diesen Weg erfolgreich gehe, könne er auch eine deutliche legislative Spur hinterlassen.

Die Idee sich nach außen klarer zu positionieren, um mögliche wissenschaftliche Analysen zu erleichtern, sei weder praktikabel noch zielführend. Ein Problem des Vortrags bestehe deshalb

in der Forderung, dass ein Parlamentarier für die Erzielung von klareren demokratischen Entscheidungen weniger erreichen solle. Da aber **demokratische Legitimation immer Input- und Output-Legitimation** bedeuten müsse, könne genau dies keinen Bestand haben. Der Befund, dass es wenig sichtbare Polarisierung gebe, sei zwar richtig, es könne aber daran nichts geändert werden. Dagegen müssten wissenschaftliche Analysen die schwierige Rolle für das gesamte Parlament in den Vordergrund rücken, welches in Bezug auf die Gesetzgebung zusammen mit dem Rat nur Mitentscheider sei und nicht der alleinige Entscheider. Solange Abgeordnete durch diese Konstellation zu einer derart breiten Kooperation gezwungen würden, entfalle die Möglichkeit der gegenseitigen harten Kritik. Aus eigenen Erfahrungen wisse er, dass sichtbare Abstimmungsergebnisse beispielsweise im Internet hinderlich bei der Suche nach Kooperationspartnern im proeuropäischen Lager wirken können.

5. Mit Blick auf die Europawahlen bilde die zunehmende Polarisierung und **Zuspitzung auf Spitzenkandidaten einen Fortschritt**. Für das Ziel von gemeinsamen europaweiten Programmen, weg von den stark gegensätzlichen Positionen innerhalb einzelner Fraktionen, bedürfe es allerdings weiterer europaweiter Kandidaten, da man ansonsten wieder nur Kompromisse produziere. Abhilfe könnten hier transeuropäische Listen verschaffen, durch die die Kandidaten viel stärker gezwungen würden europaweite Programme zu vertreten und dafür zu werben. Außerdem würde dann auffallen, wenn eine Diskrepanz zwischen nationalen und europäischen Programmen bestehe und es bestünde ein stärkerer Anreiz zur Kohärenz.

Letztendlich könnten die von Hummel geforderten Änderungen nur durch institutionelle Reformen erreicht werden. Insgesamt **hänge die Steigerung der europäischen Demokratie von institutionellen Reformen ab**, die nur erfolgreich sein könnten, wenn sich nationale Parlamente, Regierungen und auch Parteien dazu bereit erklärten, ein Stück ihrer Macht abzugeben. Europa befinde sich immer noch in einem langen Prozess der Vertiefung. Um europaweite große Auseinandersetzungen zu führen, bedürfe es zusätzlich **aktiver zivilgesellschaftlicher Akteure, die diese tiefere Demokratisierung erstreiten** könnten. Die Eurokrise habe absurderweise bereits ihren Teil zu diesem Prozess beigetragen, indem sie in der europäischen Öffentlichkeit ein viel stärkeres Problembewusstsein erzeugt habe. Denn trotz der teils sehr unterschiedlichen Vorstellungen beispielsweise in sozialen Fragen, liege in dieser gestärkten Öffentlichkeit eine große Chance für europaweite Debatten und Lösungen.

3.3. Diskussion: Moderation durch Prof. Dr. Andreas Maurer

Professor für Politikwissenschaft und Europäische Integration an der Universität Innsbruck

Hummel verwies darauf, dass er aus wissenschaftlicher Sicht nur mit den Materialien arbeiten könne, die zur Verfügung stünden. Die **fehlende Transparenz der Ausschussarbeit** im EP stelle aber nicht nur für die Wissenschaft ein Problem dar, sondern insbesondere für die breite Öffentlichkeit, der es ebenfalls an Informationen fehle. Die Bevölkerung wisse daher nichts über politische Alternativen auf europäischer Ebene, weshalb der Wähler bei den Europawahlen auch nicht einordnen könne, was mit seiner Stimme passiere.

Es bleibe zu befürchten, dass sich auch bei der Europawahl 2014 nichts ändere und es eine **noch niedrigere Wahlbeteiligung** gebe. Damit werde die Wahlbeteiligung an sich bereits zum Ergebnis und nicht die eigentlichen Inhalte. Diejenigen, die Europa unterstützten, würden natürlich zur Wahl gehen. Die Medien transportierten als Resultat jedoch die Botschaft, dass eine Mehrheit der europäischen Bevölkerung wegen ihrer euroskeptischen Einstellung gar nicht erst zur Wahl gehe. Deshalb halte er den Vorschlag einer Mobilisierung durch eine starke Polarisierung zwischen den Parteien weiterhin für sinnvoll. Die Notwendigkeit von Kompromissen zwischen Parteien sei zwar vorhanden, dürfe einer gesteigerten Polarisierung besonders im Wahlkampf dennoch nicht im Wege stehen. Der Gefahr einer weiter sinkenden Wahlbeteiligung 2014 müsse begegnet werden.

Giegold korrigierte abschließend, dass die **Ausschüsse** durchaus öffentlich tagten, somit könne jeder die Ausschussarbeit nachvollziehen, nur werde das Abstimmungsverhalten nicht aufgezeichnet. Das erschwere die quantitative Datenlage in diesem Bereich.

Alemann meinte, dass das Entscheidende für die Europawahl 2014 nicht sei, dass zwei Spitzenkandidaten für zwei politische Lager aufträten, sondern dass es überhaupt Spitzenkandidaten gebe. Unabhängig von ihrer Zahl stehe ihre **Signalwirkung für die Öffentlichkeit** im Vordergrund. Er bezweifle zudem, dass eine Politisierung alleine von zivilgesellschaftlichen Akteuren getragen werden könne. Wie man an der Entwicklung der Gewerkschaften sehen könne, sei es für die Zivilgesellschaft äußerst schwierig, ihren Einfluss zu steigern. Er frage sich deshalb, worauf Giegolds Optimismus hinsichtlich der zivilgesellschaftlichen Einflussnahme auf die Politisierung basiere.

Dr. Sigrid **Fretlöh** vom Rednerservice „Team Europe“ der Europäischen Kommission wollte von Giegold wissen, welche Fähigkeiten er **zivilgesellschaftlichen Akteure** zuschreibe, Menschen für europäische Themen zu begeistern, die den Parteien offensichtlich fehlten.

Giegold stellte klar, dass er nicht meine, dass die Zivilgesellschaft das Defizit füllen könne. Vielmehr habe er verdeutlichen wollen, warum die Abgeordneten momentan nicht in der Lage seien, ein vernünftiges und wünschenswertes Maß an Polarisierung in Europa herzustellen. **Entscheidend seien die Restriktionen der institutionellen Architektur**. Er wolle sich damit nicht vor der Verantwortung drücken, und werde auch weiterhin durch mehr Transparenz zu Veränderungen beitragen. Zudem könne aber die **Zivilgesellschaft einen erheblichen Beitrag zu einer stärkeren Polarisierung leisten, indem sie europaweite Konflikte produziere**, zu denen sich dann auch die Europarteien positionieren müssten. Die notwendigen Kompromisse der Parteien im politischen Alltagsgeschäft sprächen nicht gegen die Ansicht, dass weiter für Europa gekämpft werden müsse. Seine Botschaft sei, dass das europäische Projekt viel zu wertvoll sei, um es an Maximalforderungen zu messen und auf diese Weise eventuell zum Scheitern zu bringen.

Nicolaus Kern, Abgeordneter der Piraten und Vorsitzender des Europaausschusses im Landtag NRW, schloss sich der Forderung nach einer **Politisierung** der Europäischen Union an. Skeptisch mache ihn allerdings der Blick auf den Bundestagswahlkampf 2013. Auch hier gab es trotz

geeigneter europäischer Themen mit ausreichend Konfliktpotential keine erwähnenswerte Polarisierung des Wahlkampfs. Wenn es aber bereits national an Diskussionen fehle, müsse daran gezweifelt werden, ob eine Polarisierung auf europäischer Ebene überhaupt möglich sei.

Hummel griff zum Schluss noch einmal die Frage der **Konfliktlinien** (*Cleavages*) auf. Sicherlich gebe es in Europa nicht nur die Unterscheidung zwischen rechts und links, sondern die Konfliktlinien pro- oder anti-europäisch beziehungsweise mehr oder weniger Integration seien ebenfalls wichtig. In der Europapolitik dominiere ganz deutlich das pro- versus anti-europäische *Cleavage*, was nicht ohne Probleme bleibe. Denn dadurch komme es zu einer Überlagerung aller anderen Konfliktlinien und in der öffentlichen Darstellung würden alle Abgeordneten darauf reduziert, wie sie sich zu dieser Frage positionierten. Dadurch werde die Möglichkeit verdrängt, sich für verschiedene Versionen Europas auszusprechen. Eine Intention seines Vortrags sei es deshalb auch gewesen, dass gegenüber der Öffentlichkeit, den Medien und der Zivilgesellschaft eine **wesentlich differenziertere Debatte über Europa kommuniziert werden müsse**. So müssten auch alternative Vorstellungen zum derzeitigen Europamodell als proeuropäisch gelten können. In der Wissenschaft fehle es bisher an ausführlichen parteipolitischen Analysen des Rats und der Kommission, da immer noch eine nationale Fixierung dominiere oder bei der Kommission die technokratische Dimension in den Vordergrund gestellt werde. Die **momentane Krisensituation**, in der viele Gewissheiten erschüttert wurden, müsse **als Chance zur weiteren Veränderung** der EU verstanden werden. Die Prognose für eine Reformbereitschaft in Normalzeiten sehe wesentlich schlechter aus. Die verbliebene Zeit bis zu den Europawahlen könne genutzt werden, um neue Lösungen auszuprobieren, bevor sich nach der Wahl bereits Bestehendes wieder weiter verfestigen könne.

4. Soziales Europa: Konkrete Überlegungen

4.1. Vortrag: Konkretisierung einer europäischen Sozialpolitik: Europäische Mindestlohnpolitik, Dr. Torsten Müller European Trade Union Institute (ETUI), Brüssel

Die Debatte um einen europäischen Mindestlohn ist nicht neu, daher ist zunächst eine historische Einordnung sinnvoll. Bereits der Europarat hat in den 1960er Jahren Kriterien festgelegt. Auf EU-Ebene markiert die **EU-Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer** von 1989 den Beginn einer intensiven Diskussion über das Thema. In der Gemeinschaftscharta ist das Recht auf gerechte Entlohnung verankert worden. Dort heißt es:

„Für jede Beschäftigung ist ein gerechtes Entgelt zu zahlen. Zu diesem Zweck empfiehlt es sich, dass entsprechend den Gegebenheiten eines jeden Landes den Arbeitnehmern ein gerechtes Arbeitsentgelt garantiert wird, d.h. ein Arbeitsentgelt, das ausreicht, um ihnen einen angemessenen Lebensstandard zu erlauben“ (Titel 1.5).

Zur Zeit der Gemeinschaftscharta fühlte sich die **Europäische Kommission unter Jacques Delors** noch bedeutend stärker sozialen Zielsetzungen verpflichtet. Es ging damals tatsächlich um eine Stärkung der sozialen Dimension, gerade im Hinblick auf die Vollendung des europäischen Binnenmarkts. Zu Beginn der 1990er Jahre führte dies zu einzelnen ernsthaften Initiativen, wie der so genannte Wilson-Bericht des EP in Antwort auf Stellungnahmen der Kommission zeigt. Der Enthusiasmus in der Debatte erlahmte dann Ende der 1990er Jahre, weil einzelne Mitgliedstaaten sich gegen eine Einmischung der europäischen Ebene in Lohnfragen positionierten. Auch die Kommission, insbesondere die Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen, orientierte sich ab Ende der 1990er um und argumentierte nun in Richtung einer stärkeren Flexibilisierung des Arbeitsmarkts.

Die europäische Mindestlohnpolitik erlebte erst ab Mitte der 2000er Jahre, insbesondere durch das **Engagement des Europäischen Parlaments**, einen erneuten Aufwind. In seinen Resolutionen forderte das EP politische Initiativen zur Einführung eines Mindestlohnes in allen Mitgliedstaaten, so u.a. im Jahr 2007: „Das Europäische Parlament ist davon überzeugt, dass auf einzelstaatlicher Ebene ggf. in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern ein angemessener existenzsichernder Mindestlohn eingeführt werden sollte...“. Das EP zielte mit dieser Forderung auf ein sinnstiftendes und Vertrauen schaffendes gemeinsames Projekt, um der abnehmenden Unterstützung der europäischen Integration in der Bevölkerung zu begegnen. Denn in der Arbeitnehmerschaft wuchs damals die Überzeugung, dass die **neoliberale Orientierung der Kommission** zu einer Ausweitung des Niedriglohnsektors und prekärer Beschäftigung geführt hatte.

Die heraufziehende Wirtschaftskrise brachte das Thema Arbeitslöhne verstärkt auf die politische Agenda. Mindestlohnpolitik wird heute als Teil eines alternativen Konzepts im Gegensatz zur **bisher verfolgten Krisenbewältigungsstrategie** gesehen. Die momentane Krise wird im Rahmen der bisherigen Strategie vor allem als preisliche Krise der Wettbewerbsfähigkeit wahrgenommen.

nommen. In dieser engen Sichtweise der europäischen Entscheidungsträger gelten **Löhne vor allem als Kostenfaktor**. Hingegen sieht in der Europäischen Kommission die Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration, anders als die Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen, durchaus die nachfragestärkende Funktion von Löhnen und schreibt ihnen im Hinblick auf die soziale Inklusion eine wichtige Rolle zu.

Vor der Währungsunion wurde noch die nationale Währung abgewertet, um die nationale Wettbewerbsfähigkeit wieder zu stärken. Nun werden aber von den dominierenden europäischen und nationalstaatlichen Akteuren die Löhne als zentrale Variable zur Steuerung der Wettbewerbsfähigkeit angesehen. Momentan ist die „**interne Abwertung**“ die gängige Strategie, also die Lohnkostensenkung. Sie ist zum einen durch direkte staatliche Eingriffe möglich, z.B. durch Lohnsenkung im Öffentlichen Dienst oder Einfrieren der Mindestlöhne. Zum anderen kann Druck zur Lohnmäßigung auf die Tarifparteien ausgeübt werden, um die Nominallöhne in Übereinstimmung mit der Produktivität wachsen zu lassen und nicht, wie von Gewerkschaften gefordert, in Übereinstimmung mit Produktivität und Inflation. Folge dieser Politik sind **zunehmende soziale Probleme** wie wachsende Lohnungleichheit, Zunahme der Lohnspreizung am unteren Ende und Ausweitung der Armut trotz Arbeit, d.h. Arbeitsarmut.

Eine **Europäische Mindestlohnpolitik** ist hingegen Teil eines lohn- und nachfrageorientierten Wachstumsmodells zur Bewältigung der Krise. Die Ziele einer solchen Mindestlohnpolitik sind:

- Vermeidung eines Lohnsenkungswettbewerbs,
- Stabilisierung privater Nachfrage, da Arbeitnehmer mit geringem Einkommen einen größeren Teil des zusätzlichen Einkommens ausgeben,
- Förderung einer gerechteren Einkommensverteilung durch Verdichtung der Lohnstruktur und Begrenzung der Lohnspreizung,
- Begrenzung des Niedriglohnssektors und der Arbeitsarmut durch die Sicherung eines angemessenen Lebensstandards mit positiven Auswirkungen auf niedrigere staatliche Ausgaben für Sozialleistungen.

Bei der konkreten Ausgestaltung einer europäischen Mindestlohnpolitik muss man die große Heterogenität der schon bestehenden europäischen Mindestlohnsysteme berücksichtigen. Nach Dr. Thorsten Schulten vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung können zwei Dimensionen unterschieden werden:

1. **Reichweite und Anwendungsbereich von Mindestlöhnen:** Dabei reicht das Spektrum von einem einheitlichen nationalen Mindestlohn für alle Sektoren bis hin zu unterschiedlichen Mindestlöhnen nach Sektoren und Berufsgruppen bzw. Branchen.
2. **Festsetzungsart des Mindestlohns:** Bei dieser Dimension können gesetzlich fixierte Mindestlöhne und Mindestlöhne auf tarifvertraglicher Basis, die durch Verhandlungen der Sozialpartner zustande kommen, unterschieden werden. In den Tarifverträgen setzt de facto die unterste Lohngruppe einen Mindestlohn bzw. eine Lohnuntergrenze fest.

Abb. 1: Systeme der Mindestlohnfestsetzung in europäischen Ländern

	Gesetzlicher Mindestlohn	Tarifvertrag
Einheitlicher nationaler Mindestlohn als generelle Lohnuntergrenze	Westliche Länder: Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Irland und UK Südliche Länder: Malta, Spanien, Portugal MOE-Länder: Kroatien, Tschechische Republik, Ungarn, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowenien	Bipartite Vereinbarungen: Belgien, Estland, Griechenland Tripartite Vereinbarungen: Bulgarien, Polen, Slowakei
Sektoraler und berufsgruppenbezogener Mindestlohn	Zypern	Nordische Länder: Dänemark, Finnland, (Norwegen)*, Schweden Kontinentaleuropäische Länder: Österreich, Deutschland, Italien

Quelle: Schulten 2012¹⁶ (* Norwegen ist Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums)

Abbildung 1 zeigt, dass in der Mehrzahl der Mitgliedstaaten der EU ein **gesetzlicher Mindestlohn** besteht, dennoch setzt nicht überall der Staat unilateral den Mindestlohn fest. In vielen Ländern wie Großbritannien (Low Pay Commission) oder Frankreich gibt es Mindestlohnkommissionen, in denen die Sozialpartner und teilweise Vertreter der Wissenschaft einen Entwurf erarbeiten. Die tarifvertragliche Regelung des Mindestlohns besteht vor allem in Staaten, die traditionell von einem hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad und einer hohen Abdeckungsquote von Tarifverträgen geprägt sind, wie den skandinavischen Ländern. Das **Tarifvertragsmodell** dient hier als funktionales Äquivalent zur gesetzlichen Regelung. In Deutschland hat sich ein interessanter Wandel der Bewertung des Mindestlohns durch die Gewerkschaften vollzogen. Erst im Zuge der abnehmenden Deckungsrate von Tarifverträgen und der damit verbundenen Schwächung der Gewerkschaften argumentieren diese nun für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro.

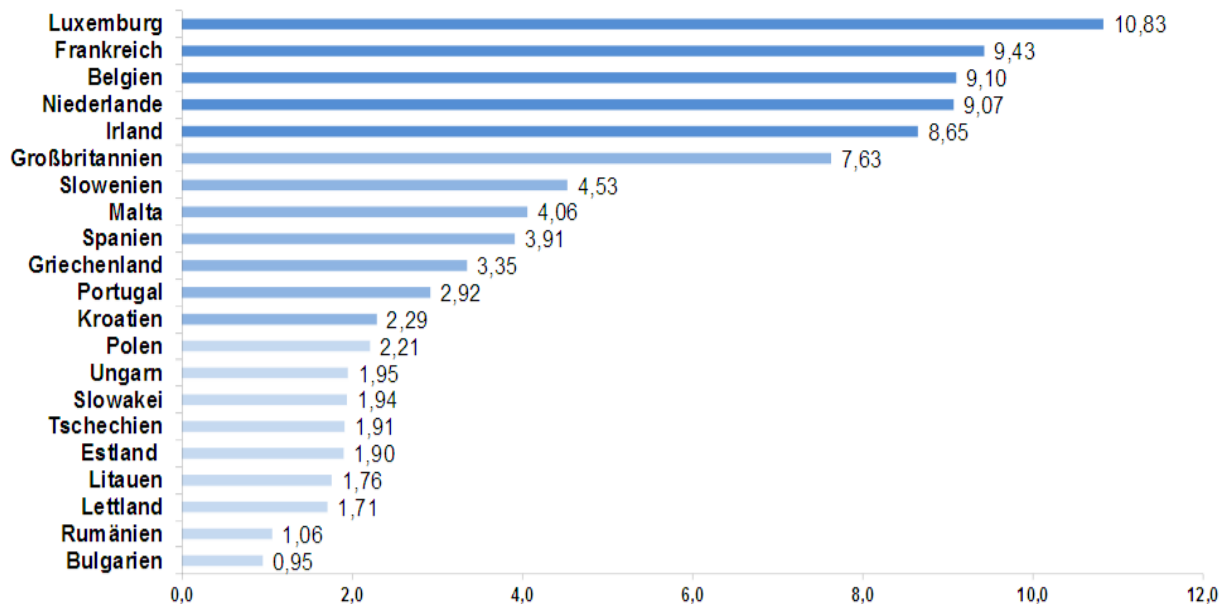
Ein weiterer Unterschied zwischen den europäischen Staaten ist die **reale Höhe** der Mindestlöhne, wobei eine **große Bandbreite** erkennbar ist (Abb. 2).

¹⁶ Schulten, Thorsten (2012): European minimum wage policy: A concept for wage-led growth and fair wages in Europe. In: International Journal of Labour Research 4 (1), 85-104.

Abb. 2: Absolute Höhe der gesetzlichen Mindestlöhne in europäischen Ländern (Juli 2013)

WSI-Mindestlohndatenbank

Gesetzliche Mindestlöhne (pro Stunde, in EUR) im Juli 2013



Laut der Mindestlohndatenbank des WSI liegt der Mindestlohn in Bulgarien bei umgerechnet unter einem Euro und in Luxemburg bei über zehn Euro. Es können bestimmte **Ländergruppen** unterschieden werden: Westeuropäische Staaten mit Mindestlöhnen über neun Euro (bei Großbritannien und Irland muss man die Wechselkursschwankungen zwischen Euro und britischem Pfund berücksichtigen, die in der vorliegenden Darstellung zu einem nach unten verzerrten Wert führen). Eine zweite Gruppe machen die südeuropäischen Länder plus Slowenien, Kroatien und Polen mit Mindestlöhnen von zwei bis 4,50 Euro aus. In Mittel- und Osteuropa und den baltischen Staaten unterschreiten die Mindestlöhne die Zwei-Euro-Grenze.

Neben den hier betrachteten absoluten Werten wird auch über **relative Werte** diskutiert, also über den Anteil am Durchschnittseinkommen, den ein Mindestlohn ausmacht bzw. ausmachen soll. Zurzeit ist Frankreich hierbei Spitzenreiter, der Mindestlohn liegt bei 48 Prozent des Durchschnittslohns. Der geringste Anteil ist in der Tschechischen Republik mit 29 Prozent zu finden. In keinem Land liegt der Mindestlohn über der definierten relativen **Armutsgrenze** von 50 Prozent des Durchschnittseinkommens oder 60 Prozent des Medianeinkommens.

Prinzipiell gäbe es drei Arten, die **Höhe eines europäischen Mindestlohns** festzulegen:

1. Eine gleiche Mindestlohnhöhe in allen EU-Mitgliedstaaten. Diese Variante ist als nicht wahrscheinlich einzuschätzen.
2. Eine Einteilung nach Clustern entlang verschiedener ökonomischer Indikatoren: Länder mit ähnlicher Wirtschaftsstruktur und -entwicklung würden einen ähnlich hohen Mindestlohn einführen. Problematisch ist bei dieser Option, dass auch ein ähnlich hoher Mindestlohn unterschiedliche Auswirkungen auf z.B. die Kaufkraft haben kann.
3. Eine Festlegung des Mindestlohns als bestimmter Anteil des Durchschnitts- oder Medianlohns. Es geht hier weder um eine einheitliche Höhe noch um eine Vereinheitlichung des Festsetzungsmodus. Vielmehr stellt dieser Ansatz den Versuch einer europäischen Koordination dar, um sicherzustellen, dass Arbeitnehmer eine Bezahlung oberhalb der Armutsgrenze erhalten.

Die europäische Mindestlohnpolitik muss bei der **dritten Variante eher als eine Art „europäischer Pakt“** verstanden werden, der Raum lässt für nationale Traditionen und Gepflogenheiten. Die Umsetzung dieses Ansatzes kann nur über die Offene Methode der Koordinierung (OMK) erfolgen. Sie lässt den einzelstaatlichen Akteuren genügend Spielraum, die nationalen Praktiken aufrechtzuerhalten. Sehr wichtig ist dabei die Involvierung der Sozialpartner. Denn Mindestlöhne dürfen nicht zur politischen Manövriermasse werden, um die Krise zu bewältigen. Zudem muss bei der Mindestlohnfestlegung die genannte relative Armutsgrenze von 50 Prozent des nationalen Durchschnittslohns berücksichtigt werden. Die politische Umsetzung wird dabei sehr anspruchsvoll sein. Denkbar ist jedoch ein Modell, das angelehnt ist an das Europäische Semester, bei dem die Nichteinhaltung der im „Economic Scoreboard“ festgelegten ökonomischen Qualitätskriterien auch sanktioniert werden kann. Ein noch einzuführendes „Social Scoreboard“ könnte als Indikator u.a. ein Mindestlohniveau von mindestens 50 Prozent des Durchschnittsniveaus beinhalten. Dieses „Social Scoreboard“ wäre im Gegensatz zu anderen Erklärungen wie der eingangs erwähnten EU-Gemeinschaftscharta sanktionsbehaftet und rechtsverbindlich. Gerade dem Europäischen Parlament kommt in einem solchen Prozess große Bedeutung zu und es könnte und sollte als wesentliche politische Triebkraft einer solchen Initiative wirken.

4.2. Kommentar: Dr. Udo Bullmann Mitglied des Europäischen Parlaments (SPD/S&D)

Bullmann wies darauf hin, dass es **keine Kompetenz der Europäischen Union für die Lohnfindung** gebe. Dies erkläre, warum sich Mindestlohndebatten in der Vergangenheit ausschließlich im jeweiligen nationalen Kontext abgespielt hätten. Dennoch könne Europa in die Lohnbildungsprozesse hineinwirken. Zu den von Müller vorgestellten Ländergruppen ergänzte Bullmann, dass es beispielsweise in Skandinavien einen sehr hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad und einen großen Bestand tariflicher Vereinbarungen gebe. Der gesetzliche Mindestlohn fungiere hier traditionell als Regulierungsinstrument des nationalen Arbeitsmarkts. Auch in Staaten mit niedrigen Niveaus, wie in Mittel- und Osteuropa, sei die Rolle des Mindestlohns zur sozialstrukturellen Stabilisierung bedenkenswert. Eine dritte Gruppe von Mitgliedstaaten wie

Zypern, Italien und Deutschland weigere sich bislang jedoch, einen wie auch immer ausgestalteten Mindestlohn einzuführen. Gerade Deutschland (und insbesondere Ostdeutschland) mit einem geringer werdenden gewerkschaftlichen Organisationsgrad sei nicht mit skandinavischen Protektionsniveaus vergleichbar. Es gebe eine stark national fokussierte Debatte in Deutschland. Diese **nationale Betrachtungsweise** stoße an Grenzen, wo nationale Regelungen mit EU-Recht in Konflikt gerieten. Im Fall der Dienstleistungsrichtlinie habe das EP glücklicherweise das Ziellandprinzip durchgesetzt, das besagt, dass für Unternehmen die Mindeststandards des Landes gelten, in dem die Leistung erbracht wird. Eine solche europäische Rechtsetzung bringe jedoch nichts in Staaten ohne allgemeingültige Tarifverträge oder gesetzliche Mindestlöhne, wie in Deutschland. Bullmann kritisierte, die nationale Betrachtungsweise sei antiquiert und dysfunktional. Er forderte ein Denken in europäischen Zusammenhängen.

Daran anknüpfend skizzierte er unterschiedliche Typen für eine europäische Sichtweise der Lohndebatte. Zum einen bestehe ein zuletzt in der Lissabon-Strategie des Jahres 2000 vorgebrachter **holistischer Ansatz der Lohnpolitik**. Diese Konzeption integriere unterschiedliche Ziele: Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigungsförderung, soziale Inklusion und ökologische Nachhaltigkeit. Diesem richtigen Ansatz einer modernen europäischen Wirtschaftspolitik fehlten Akteure, die ihn nachdrücklich vertreten. Die Mindestlohnpolitik hätte ein substanziellen Beitrag zu einer solchen integrierten Politik sein können. Sie hätte dann in der Öffentlichkeit auch nicht als Gegensatz zur ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit diskutiert werden können, sondern wäre als integraler Bestandteil einer Gesamtstrategie gesehen worden. Eine solche ganzheitliche Herangehensweise müsse Bullmann zufolge wiederbelebt werden.

Seit spätestens 2010 habe sich jedoch bedauerlicherweise ein anderer Typ in der Europäischen Union durchgesetzt. Bullmann nannte ihn „**nicht hinreichend legitimierte Diktatspolitik**“. Hierbei seien die Mindestlöhne in Südeuropa als zu hoch eingeschätzt und als einziger krisenverursachender Faktor identifiziert worden. In der Rückschau habe sich diese hauptsächlich von der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der Kommission vorgebrachte Analyse als falsch erwiesen. Der weitere Anstieg der Staatsverschuldung und der Arbeitslosigkeit sei empirischer Beleg für die Wirkungslosigkeit dieser „Therapie“. Es stelle sich die grundlegende Frage, mit welcher politischen Methode eine so rückwärtsgewandte Strategie habe umgesetzt werden können. Die Akteure, die diese Politik durchgesetzt hätten, hätten sich dem parlamentarischen Votum unterziehen müssen, dennoch sei die Troika-Politik nicht demokratisch legitimiert. Die Abstimmungen in den nationalen Parlamenten seien erst nach Aushandlung der Hilfsprogramme angesetzt worden. Dort sei dann nur noch die Abstimmung dafür oder dagegen möglich gewesen, ohne inhaltliche Mitwirkung an der Gestaltung der politischen Instrumente. Diese fehlgeschlagene „Reformpolitik“ sei nur denkbar gewesen, weil es keinen klassischen Legitimationsprozess gegeben habe. Die über den Europäischen Rat und den Ministerrat eigentlich richtungsgebenden Mitgliedstaaten hätten sich aus der Verantwortlichkeit für die Rettungsmaßnahmen herausmanövriert. Sie verwiesen - zu Unrecht - auf die Europäische Kommission bzw. die Troika. Das Ergebnis sei ein anonymisierter, delegitimierter, bürokratischer Politikprozess. Diese Politik zeige sich nicht, sie bleibe gesichtslos und daher sei sie schwer abwählbar. In seinen Augen erwachse daraus eine große Gefahr, von der ökonomischen auch in eine politische Legitimitätskrise abzugleiten.

Außerdem nahm Bullmann zum **Europäischen Semester** als einem bestehenden europäischen Instrument Stellung. Diese reiche ihm nicht. Man müsse qualitativ einen Schritt weitergehen und die Ziele der Wirtschafts- und Sozialpolitik zum sanktionierbaren Bestandteil des Europäischen Semesters machen – insbesondere die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Sicherung der sozialen Teilhabe durch eine koordinierte Mindestlohnpolitik.

4.3. Diskussion: Moderation durch Dr. Wolfgang Kowalsky Referent im Europäischen Gewerkschaftsbund (ETUC), Brüssel

Dr. Wolfgang **Kowalsky** fasste zunächst zusammen, dass in den bisherigen Beiträgen ein weiter Bogen von der Mindestlohnpolitik über Krisenbekämpfungsmaßnahmen zu Fragen der Europäisierung gespannt worden sei. Er selbst sehe einige Punkte etwas anders. So müsse manchmal auch die europäische Rechtsetzung angepasst werden, wie dies im Fall der Dienstleistungsrichtlinie geschehen sei. Auch eine Anpassung der Entsenderichtlinie sei notwendig. Bullmanns Ausführungen über die fehlende Legitimation der Austeritätspolitik stimmte Kowalsky zu.

Welfens mahnte bei der Debatte um eine europäische Mindestlohnpolitik eine **differenziertere und realistischere Sichtweise** an. Auch er widerspreche der grundsätzlichen Aussage, dass zu hohe Löhne krisenverursachend gewirkt hätten. Er verwies jedoch darauf, dass die Lohnabstände zwischen Öffentlichem Dienst und Privatsektor gerade in den südeuropäischen Krisenstaaten mit am höchsten seien. Selbstverständlich müssten Arbeitnehmerinteressen geschützt werden, das Modell müsse aber im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft auch nachhaltig funktionieren. Als zweiten Punkt wies Welfens auf Untersuchungen des Instituts zur Zukunft der Arbeit in Bonn hin, die zeigten, dass in Deutschland die „**Weiterbildungsrendite**“ bei gering qualifizierten Arbeitnehmern ebenso hoch sei wie bei qualifizierten. Um Potenziale nicht zu vergeuden, müsse erfolgreiche Weiterbildung als europäisches *Best-Practice*-Modell organisiert werden.

Bullmann bemerkte zum Thema Lohnabstand, dass sich dieser in Gesellschaften ergebe, in denen der Öffentliche Dienst als zentrales Instrument zur Organisation von **Klientelismus** diene. Diese Mechanismen gehörten natürlich abgeschafft. Dies sei den reformorientierten Akteuren in den jeweiligen Ländern bewusst. Die **Instrumente der Troika**, um auf diese Missstände zu reagieren, seien jedoch **ungeeignet und unsensibel**. Vielmehr werde ein Modernisierungskonzept mit einem Policy-Mix, wie er mit der Lissabon-Strategie angedacht war, benötigt. Zur **Weiterbildung** bemerkte Bullmann, dass Deutschland im internationalen Vergleich keineswegs als Spitzenreiter dastehe und z.B. bei der innerbetrieblichen Weiterqualifizierung eher auf den hinteren Rängen zu finden sei.

Müller ging auf weitere empirische Erklärungen für den Lohnabstand zwischen Öffentlichem Dienst und privatem Sektor ein. Der **Lohnbonus des Öffentlichen Diensts** erkläre sich häufig auch dadurch, dass das Ausbildungsniveau der Beschäftigten teilweise höher als im Privatsektor sei, zudem gebe es häufig ein Senioritätsprinzip. Insbesondere in Rumänien und Ungarn habe der Lohnbonus sich aufgrund der massiven IWF-Kürzungsmaßnahmen in einen Lohnmalus umgewandelt. In allen europäischen Staaten sei die Lohndifferenz erheblich geschrumpft.

Europaministerin **Schwall-Düren** erwähnte, dass sie in Gesprächen über die Lohnentwicklung mit SPE-Kollegen aus Mittel- und Osteuropa als Bundestagsabgeordnete auf Ablehnung und Misstrauen gestoßen sei. **Bullmann** antwortete, dass sich die **Debatte in der europäischen Sozialdemokratie** heute auf einem höheren intellektuellen Niveau abspiele als noch vor einigen Jahren. Man müsse jedoch bedenken, dass sich in Staaten, die mit sehr hohen Jugendarbeitslosigkeitsraten und damit einhergehendem sozialen Sprengstoff zu kämpfen hätten, die Prioritäten verschoben hätten. Die Dramatik der Situation manifestiere sich darin, dass es in allen Fraktionen eine politische Polarisierung gebe. Die Bereitschaft, auf von deutscher Seite vorgebrachte Anliegen einzugehen, nehme in allen Fraktionen ab. Die **deutsche Position** der letzten Jahre sei als eine hemmungslose hegemoniale Entsolidarisierungspolitik verstanden worden. Bullmann prognostizierte daher eine erheblich verkomplizierte Mehrheitsfindung in der nächsten Legislaturperiode des EP.

Schwall-Düren fragte, wie die **Gewerkschaftsbewegung die Möglichkeit eines europäisch koordinierten Vorgehens beim Mindestlohn** einschätze, insbesondere auch in den verschiedenen nationalen Gewerkschaften. **Müller** antwortete, dass die innergewerkschaftliche Mindestlohndiskussion schwierig sei, es aber positive Signale gebe. So seien die skizzierten Grenzen von 50 Prozent des Durchschnittslohns bzw. 60 Prozent des Medianlohns für einen europaweit geltenden Mindestlohn mittlerweile Beschlusslage des Europäischen Gewerkschaftsbundes. Dies sei als Erfolg zu werten, da die skandinavischen und italienischen Gewerkschaften erheblichen Widerstand gegen die Formulierung klarer Zielkriterien geleistet hätten. Nun müsse vor allem über die Art der Umsetzung auf nationaler Ebene diskutiert werden. Die skandinavischen Gewerkschaften befürchteten, dass ihre eigenen hohen Standards aufgeweicht würden. De facto liege z.B. der in Schweden vereinbarte Mindestlohn aufgrund einer egalitären Lohnstruktur bei 70 Prozent des Durchschnittseinkommens. Die Ängste der Kollegen seien daher verständlich. Man müsse versuchen darzustellen, dass es sich lediglich um eine Untergrenze handle. Es sei zudem nicht unbedingt ein Unterbietungswettbewerb zu befürchten. Am Beispiel Frankreich sehe man, dass ein relativ hoher Mindestlohn eine starke Impulswirkung auf die generelle Dynamik der Lohnentwicklung habe.

Kowalsky ergänzte, dass es innerhalb des Europäischen Gewerkschaftsbundes (ETUC) mittlerweile zu einer Einigung gekommen sei, sei der **veränderten Position der deutschen Gewerkschaften** zu verdanken, die nun einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn fordere. Dies habe im ETUC zu einer Änderung der Mehrheitsverhältnisse geführt. Die Bedenken der skandinavischen Kollegen seien auch deswegen nachvollziehbar, weil die Europäische Kommission weiterhin die Sichtweise vertrete, dass höhere nationale Standards die Lage verkomplizierten und dass sie deshalb abgeschafft gehörten. So gebe es ein aktuelles Kommissionsdokument mit dem Titel „REFIT – Fit for growth“¹⁷, das europäische Standards fordere, die teilweise erhebliche Verschlechterungen nationaler Standards bedeuten würden. Die Kommission werde hoffentlich nach der Europawahl eine andere sozialpolitische Agenda verfolgen.

¹⁷ European Commission (2013): „REFIT – Fit for growth“: Examples how EU law is becoming lighter, simpler and cheaper. Online einsehbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-833_en.htm (letzter Aufruf: 15.11.2013).

5. Round-Table-Gespräch: Impulse für ein soziales Europa aus Sicht der Zivilgesellschaft und der Parteien

Im Anschluss an die drei Vorträge diskutierten unter der Leitung von Prof. Dr. Ulrich von Alemann (FINE) die Europaministerin des Landes NRW Dr. Angelica Schwall-Düren, Heinz K. Becker (Mitglied des Europäischen Parlaments für die Fraktion EVP), Prof. Dr. Andreas Maurer (Universität Innsbruck) und Dr. Wolfgang Kowalsky (Europäischer Gewerkschaftsbund). Thema des Round-Table-Gesprächs war die Bedeutung der Europawahl 2014 für das Soziale Europa.

Von Alemann bat zunächst um eine Einschätzung der Europaministerin, ob die Formel „**Einheit in Vielfalt**“ nicht eigentlich eine Leerformel sei, die die europäischen Bürger nicht unbedingt animiere, sich an der Europawahl 2014 zu beteiligen.

Schwall-Düren antwortete, dass sie mit diesem Slogan auch nicht in einen Europawahlkampf gehen würde. Sie habe die Losung „Einheit in Vielfalt“ in Zusammenhang mit der Frage verwendet, ob ein einheitlicher europäischer Sozialstaat geschaffen werden solle. Dieser sei auf absehbare Zeit aufgrund des bürokratischen Aufwands weder machbar noch wünschenswert. Wichtiger sei die Frage, ob die EU als gemeinsamer Markt weitergeführt werden könne, ohne die soziale Dimension des Lebens zum eigentlichen Politikziel zu machen. Die dienende Funktion sowohl der Sozial- als auch der Wirtschaftspolitik sei vernachlässigt worden. Es müsse geschaut werden, in welchen Sektoren eine Verständigung zwischen den politischen Akteuren umgesetzt werden könne. In einigen Politikbereichen seien Maßnahmen langfristig, in anderen auch kurzfristig umsetzbar.

Von Alemann fragte nach **mobilisierenden und polarisierenden Themen** – die gerade mit Blick auf die Europawahl verfolgt werden sollten.

Nach Ansicht von **Schwall-Düren** müssten im Vorfeld der Europawahl die Aussagen der Politiker über Formeln wie „Europa ist schön und Europa ist gut“ hinausgehen. Solche Slogans reichten nicht mehr aus, um Menschen für europäische Themen zu interessieren. Die politischen Alternativen müssten anhand konkreter Forderungen, wie der nach Mindestlöhnen in Europa, konkretisiert werden. Kontroversen zwischen den parteipolitischen Akteuren gebe es auch in Fragen der Steuerpolitik. Ihrer Meinung nach seien beispielsweise eine Steuerharmonisierung und Mindeststeuerhöhen im Unternehmensbereich notwendig, um Steueroasen wie in Irland zu verhindern. Investitionen seien ohne Änderungen in diesen Bereichen nicht mehr finanzierbar

Von Alemann fragte den österreichischen Europaparlamentarier Heinz K. Becker, wie **die verschiedenen Generationen für die Europawahl mobilisiert** werden könnten.

Becker wies zunächst darauf hin, dass er auch Generalsekretär des Österreichischen Seniorenbundes sei. Diese Organisation umfasse 300 000 Mitglieder und sei ein gesetzlich verankerter Sozialpartner für alle Bereiche, die Senioreninteressen berühren. Die intergenerationelle Frage werde vom Seniorenbund in den Mittelpunkt gestellt. Für ihn als Abgeordneten sei es ideal, sowohl im Beschäftigungs- als auch im Bildungsausschuss des EP zum Thema (Jugend-) Arbeitslosigkeit arbeiten zu können. Im Hinblick auf die Wahlen wies Becker darauf hin, dass es

noch keine Wahlwerbekonzepte, also **bislang kein öffentlichkeitswirksamer Begriffskatalog gefunden** und geprägt worden sei. Die auf EU-Ebene stattfindenden politischen Prozesse seien es jedoch wert, den Bürgern dargestellt zu werden. Er gebe der Ministerin Recht, dass eine Harmonisierung der sozialpolitischen Rahmenbedingungen in Europa nicht notwendig sei. Die Aufgabe bestehe vielmehr darin, ein großes **Benchmarking-Konzept für die Mitgliedstaaten** zu erstellen, also Leistungen der Mitgliedstaaten in allen relevanten Bereichen zu vergleichen und erfolgreiche Ansätze zu adaptieren. So könne beispielsweise Österreich in puncto Kinderbetreuung für berufstätige Mütter viel von Frankreich lernen. Die duale Ausbildung als weiterer Punkt werde fast missionarisch von deutschen wie österreichischen Institutionen in Europa verbreitet. Becker gab zu bedenken, dass der Aufbau eines solchen Systems in anderen europäischen Ländern Zeit benötige. Andererseits müssten **Strukturreformen** in Angriff genommen werden, auch wenn in der Übergangsphase die Politik leider mit Notprogrammen und zusätzlichen finanziellen Mitteln reagieren müsse. Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit bedeute dies z.B. Steuererleichterungen für Unternehmen, die junge Leute anstellen. Becker wies auf die Sprengkraft der momentan herrschenden Jugendarbeitslosigkeit hin. Es bestehe die Gefahr, dass diese Situation von Populisten ausgenutzt werden könnte. Eine schnelle Reaktion und Druck von europäischen Akteuren sei deshalb geboten. Es gebe gute Modelle wie die deutsche Sozialpartnerschaft, die gegebenenfalls von anderen Mitgliedstaaten übernommen werden müssten. Solidarität, aber auch ökonomische Interessen verpflichteten Europa bzw. einzelne Mitgliedstaaten zum Einschreiten in den Krisenstaaten.

Nicolaus Kern, Abgeordneter der Piraten im Landtag NRW und dort Vorsitzender des Europaausschusses, ging in einer Wortmeldung nochmals auf das Thema Jugendarbeitslosigkeit ein. Der Begriff der „verlorenen Generation“ für die arbeitslosen Jugendlichen Europas impliziere eine Art Gesetzmäßigkeit dieser negativen Entwicklung. Die Politik trage jedoch Mitschuld an dem Problem. Er hinterfrage, dass Initiativen wie die Einführung eines europaweiten Mindestlohns von Erfolg gekrönt sein werden, da der zu gering ausgeprägte Organisationsgrad der Gewerkschaften hinderlich sein könnte. Kern verwies auf die Piratenforderung nach einem **bedingungslosen Grundeinkommen**.

Von Alemann fragte, wie der **Europawahlkampf aus Sicht des gelernten Werbefachmanns** Heinz K. Becker angelegt werden solle, um die Bürger zu aktivieren und zu mobilisieren.

Becker schlug vor, **dort anzusetzen, wo europäische Politik konkret nützlich war und ist**. Diese Dimension könne man inszenieren und verkaufen. Becker stimmte Schwall-Düren zu, dass sich weder das politische System der EU noch die friedensstiftende Geschichte der europäischen Integration gut verkaufen ließen. Gerade bei jüngeren Unionsbürgern würde dies nicht mehr verfangen. Hingegen müssten Beispiele erfolgreicher europäischer Politik in Szene gesetzt werden, wie die Bekämpfung von Sportdoping und Sportwettenmissbrauch. Auch der Einsatz und die Macht des Europäischen Parlaments verdiene Beachtung, wie im Falle des Weißbuchs Pensionen, bei dem der Schwerpunkt vom EP auf gesetzliche Pensionssysteme statt auf ein kapitalgedecktes Sicherungssystem gelegt worden sei. Zu solchen Beispielen nützlicher europäischer Politik müssten noch entsprechende gute Slogans für den Wahlkampf erdacht werden. In Hinblick auf die anstehenden Europawahlen sei ein kritisches Publikum zu bedienen, das sich in allen Bevölkerungsbereichen finde: unter Jugendlichen, Leistungsträgern, Arbeitern, Wissen-

schaftlern sowie Unternehmern. Diese Gruppen zweifelten die Legitimität des europäischen Apparates immer stärker an. Ein Grund sei, dass die europäischen Politiker die eigenen Leistungen in der Vergangenheit stets unzureichend dargestellt hätten. Die bisher eingesetzten Marketinginstrumente und Informationsangebote seien nicht überzeugend genug gewesen. Die Legitimitätsfrage stelle sich immer deutlicher, je näher die Europawahl rücke. Becker betonte, dass in seinen Augen die deutsche **Medienlandschaft** erstaunlich gut über Europa informiere. Dies sei eine Ausnahme. Es werde immer schwieriger, den Bürgern die Komplexität Europas zu erläutern, was zum Aufkommen populistischer Aussagen führe. Weder die Kommission noch der Rat seien überzeugende Transporteure politischer Legitimität, dies könne lediglich das EP leisten.

Schwall-Düren wies darauf hin, dass die **verstärkte Hinwendung der deutschen (Medien-) Öffentlichkeit zu europäischen Fragen erst im Zusammenhang mit der Krise** erfolgt sei. Insofern habe die Krise etwas Gutes geleistet. Dennoch seien nur die Debatten unter den Entscheidern und den intellektuellen Kreisen intensiver geworden. Die breite Bevölkerung habe durch die verstärkte Berichterstattung jedoch **kein positives Bild der EU** bekommen. Die Wahrnehmung gehe vielmehr dahin, dass die EU keine Probleme löse, sondern sie schaffe. Auch die Notwendigkeit des geschlossenen Handels der EU in den auswärtigen Beziehungen, um sich in der globalisierten Welt behaupten zu können, werde nicht in den Vordergrund gestellt. Schwall-Düren ergänzte die Aussagen ihrer Vorredner, dass **politische Alternativen deshalb für die Bürger so bedeutsam seien, da sonst der Wahlakt zu Recht als bedeutungslos erscheine**. Es gebe tatsächlich immer wieder populistische Strömungen. Diese versuchten durch Referenzen zum Nationalen eine Differenz zu Europa zu schaffen. Auch die deutsche Bundeskanzlerin habe zu Beginn der Krise diese Art der Differenz zwischen europäischen und nationalen Interessen hergestellt und von der Verteidigung deutscher Interessen gesprochen, weshalb Griechenland keine weiteren Garantien erhalten solle. Diese Differenz in der Darstellung zwischen nationalem und europäischem Interesse müsse dringend überwunden werden, um Menschen für Europa zu gewinnen. Die Herausforderung bestehe darin, gemeinsame Handlungs- und Gestaltungsoptionen zu definieren und zu verdeutlichen, dass es im gemeinsamen Interesse aller Beteiligten auf allen Ebenen liege, mittels legitimer Entscheider europäische Politik zu gestalten. Gerade die prominenteren nationalen Politiker müssten gewonnen werden, diese Sichtweise zu vertreten.

Maurer präsentierte zwei Ideen zur Steigerung der Wahlbeteiligung. Zum einen sei ein **Wahlalter** von 18 Jahren vollkommen antiquiert und solle herabgesetzt werden. Auch der **Wahlmodus** sei antiquiert, hier müsse mehr in Richtung computergestützter bzw. Online-Wahl gedacht werden. Der jüngeren Generation sei europäisches Regieren in einer globalisierten Welt viel näher, diese Gruppe werde bislang jedoch überhaupt nicht in den politischen Prozess mit einbezogen. Auch die Wahlpflicht, wie sie z.B. in Belgien bestehe, könne auch in anderen Mitgliedstaaten sinnvoll sein. Eine Kombination dieser Innovationen würde wahrscheinlich zu leichten Verlusten der etablierten Parteien führen, aber die generelle Attraktivität der Wahl erheblich steigern.

Von Alemann stimmte Maurer zu, dass das Wahlalter zunächst flächendeckend auf 16 Jahre herabgesetzt werden sollte. Auch **Becker** verwies auf positive Erfahrungen, die man in Österreich mit einem allgemeinen Wahlalter von 16 Jahren gesammelt habe. Er wies jedoch darauf

hin, dass die Einführung dieser Regelung gerade von etablierten politischen Kräften im Parlament erschwert werden könne. Es gebe Befürchtungen einer Stärkung populistischer Strömungen durch eine Herabsetzung des Wahlalters, zudem würden manche Politiker die (politische) Reife junger Menschen anzweifeln.

Kowalsky wies darauf hin, dass dieser Vorschlag leider bis zur kommenden Wahl nicht mehr durchgesetzt werden könne. Daher stelle sich die Frage nach anderen Mitteln, um den bedauerlichen Trend zur Wahlenthaltung umzukehren. Es brauche eine Zuspitzung politischer Inhalte und politische Alternativen, wie von Prof. Hummel und der Ministerin vorgebracht. **Mit einem profillosen Angebot lasse sich niemand mobilisieren.** Es gebe ein weit verbreitetes Gefühl der Ungerechtigkeit in der Gesellschaft, gegen das angegangen werden müsse.

Von Alemann bat **Maurer** um eine Einschätzung, ob er – z.B. im Bereich der Nominierung von Spitzenpositionen – die **Gefahr einer eingeschränkten Handlungsfähigkeit des nächsten Europaparlaments** sehe, **ausgelöst durch eine stärkere nationale und ideologische Polarisierung.**

Maurer sah die Handlungsfähigkeit gewahrt, wenn mehrere Fraktionen sich auf die Besetzung von Spitzenämtern (Präsident der Kommission und des Parlaments, Hoher Beauftragter für Außen- und Sicherheitspolitik etc.) einigen können. Die Absenkung auf eine Drei-Prozent-Hürde für den Mandatsgewinn bei den Wahlen zum EP in Deutschland (und vergleichbare Verringerungen von Schwellen in anderen Mitgliedstaaten) werde wahrscheinlich zu einer **stärkeren Vertretung von kleineren und von Ein-Themen-Parteien** führen. Dies werde insbesondere für die etablierten kleineren Parteien mit wenig Spitzenpersonal wie die Grünen Probleme verursachen. Er glaube jedoch nicht, dass die beiden großen Fraktionen Einbußen erleben werden. **Sozial- und Christdemokraten würden sich höchstwahrscheinlich wieder auf Spitzenpositionen einigen.** Für Deutschland bedeute dies, dass ein deutscher Kandidat für eine Spitzenposition sich sehr genau überlegen müsse, wie Akteure aus anderen Mitgliedstaaten zu überzeugen seien.

Maurer ergänzte, hinter der Kritik an einer deutschen Hegemonie stecke eigentlich die Angst vor einem Klub eines virtuellen „**Nord-Euro**“, zu dem neben Deutschland und den Niederlanden auch Dänemark und Schweden (obwohl nicht Teil der Eurozone) gehörten. Diese Gruppe betreibe sowohl im Ministerrat als auch innerhalb der beiden großen Fraktionen im EP eine Politik, die schwer politischen Lagern zuzuordnen sei. Unabhängig von der ideologischen Verortung der nationalen Regierungen betrieben diese Staaten eine Politik, die grundlegend auf die Beibehaltung der seit Maastricht bestehenden massiven Unwucht zwischen supranational organisierter Währungspolitik und intergouvernementaler Wirtschaftspolitik abziele. Die vornehmlich sozialdemokratischen nationalen Regierungen der „Nord-Euro“-Staaten schränkten damit ihre Möglichkeit, aktive Wirtschaftspolitik zu betreiben, freiwillig ein. Mindestens eine bedeutende Fraktion aus dem Kreis der „Nord-Euro“-Staaten müsse sich an die Seite der restlichen Mitgliedstaaten stellen und für eine verstärkte Aufnahme von Schulden über Eurobonds plädieren, um weiterhin investieren zu können. Diese Forderung nach **Eurobonds** dürfe zudem nicht unter restriktiven und erst langfristig erfüllbaren Bedingungen stehen, vielmehr müsse gerade im Wahlkampf für eine sofortige Einführung plädiert werden. **Das unterscheidbare Profil, das gerade in Wahlkampfzeiten herausgearbeitet** werden müsse, bestehe aus der Darstellung der genannten Probleme und ihrer Verschärfung durch Fiskalpakt und *Six Pack* sowie aus der Benennung einer Alternative: verstärktem Investieren und Harmonisieren.

Maurer kritisierte, Müller setze zur Einführung vergleichbarer Lohnstandards bzw. eines Mindestlohns in Europa auf das Verfahren der Offenen Methode der Koordinierung (OMK). Wenn aber Ziel und Frist zur Einführung eines Mindestlohns von der EU vorgegeben werden solle und die Umsetzung bei den Mitgliedstaaten liege, dann entspreche das der Definition von Richtlinien. Richtlinien seien im Unterschied zu Maßnahmen unter der OMK z.B. bei Nichteinhaltung von Fristen rechtlich einklagbar. Die OMK- und *Benchmarking*-Politik von Blair und Schröder müsse als gescheitert angesehen werden, da sie nicht zu Politikergebnissen führe.

Von Alemann wies darauf hin, dass das EP in den letzten Jahrzehnten immer stärker geworden sei. Er fragte, inwiefern das **EP den Höhepunkt seiner Macht und seiner Handlungsfähigkeit erreicht** habe, der durch die wachsende Pluralität und Uneinheitlichkeit des EP bedingt sei.

Maurer zufolge könne man dies **nicht politikfeldübergreifend** so darstellen. In einigen Politikbereichen habe das EP seine Macht ausgereizt und sei im Abstimmungsverhalten und im Erscheinungsbild gegenüber dem Ministerrat stark fraktioniert aufgetreten. Zu diesen Bereichen zählten z. B. die Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik. In diesen Politikfeldern habe das EP schon sehr früh begonnen, sich kämpferisch gegen den Rat zu stellen und verhalte sich nun eher versöhnlich. Bei den neuen Kompetenzbereichen des EP seit Lissabon wie der Handelspolitik könne das Parlament hingegen viel wortmächtiger auftreten. Die Fraktionen im EP hätten zwar sehr unterschiedliche Vorstellungen von internationaler Handelspolitik, dennoch sei das Auftreten des Parlaments gegenüber dem Rat geschlossen. Ähnlich verhalte es sich bei der Innen- und Justizpolitik. Im Parlament gäbe es auch hier intern stark divergierende Positionen, es vertrete aber die ausgehandelten Kompromisse geschlossen gegenüber dem Rat. Das EP müsse, damit es seine Macht weiter nutzen und ausbauen könne, mit dem von Sven Giegold beschriebenen **Spagat zwischen faktisch vorhandener Macht und der Unmöglichkeit, diese Macht in der Öffentlichkeit zu kommunizieren**, leben. Abgeordnete und Fraktionen müssten jedoch unabhängig von der Parlamentsverwaltung eigene Pressekonferenzen halten, um ihre politische Botschaft zu kommunizieren. Es gehe darum, eigene politische Erfolge überzeugend zu verkaufen.

Becker wies auf die **konsensuale Natur von Entscheidungsprozessen im EP** hin. Diese erkläre sich hauptsächlich durch das Fehlen einer europäischen Regierung und den Zwang, themen- und fraktionsübergreifend zusammenzuarbeiten. Jede Gruppe im EP alleine könne überstimmt werden. Selbst entlang schematischer Rechts-Links-Blöcke gebe es keine klaren Mehrheiten. Diese Art der Zusammenarbeit sei äußerst fruchtbar. Trotz dieses Zwangs zur Kooperation müssten **unterschiedliche Positionen in Wahlkampfzeiten zugespitzt dargestellt** werden. Die Legitimität europäischer Politik leide massiv unter multinationalen, intergouvernemental ausgehandelten Abkommen, die am EP vorbei entschieden würden, wie den Rettungspaketen. Trotz der damals schwierigen Situation und des Zeitdrucks sei ein solches Vorgehen für die Zukunft auf keinen Fall wünschenswert.

Von Alemann fragte Kowalsky, wie die **Gewerkschaften** sich vor dem Hintergrund sinkender Mitgliederzahlen und schwindender gesellschaftlicher Relevanz als wichtige und handlungsfähige Akteure in der Europapolitik behaupten könnten.

Kowalsky wies auf das klare Aufgabenprofil der Gewerkschaften hin, Vollbeschäftigung in Europa durchzusetzen. Es gebe tatsächlich problematische Tendenzen wie Stagnation bzw. Sin-

ken der Mitgliederzahlen und Überalterung. Die Mitgliederzahl alleine entscheide jedoch nicht über die Stärke einer Gewerkschaft. Zudem sei die Situation in den EU-Mitgliedstaaten unterschiedlich. Die Gewerkschaften seien auf EU-Ebene vor allem im Zuge des Erstarkens von Neoliberalismus und Deregulierung in die Defensive geraten. Sie **würden jedoch mit der aktuellen Krise des Neoliberalismus wieder Gehör** finden. So sei der Europäische Gewerkschaftsbund Mitbegründer von *Finance Watch* gewesen und arbeite mit daran, das Ungleichgewicht an Lobbying-Aktivitäten zwischen der neoliberalen und der sozialökologischen Seite in Brüssel zu verändern.

Von Alemann fragte, ob die Gewerkschaften auf europäischer Ebene eher auf **Mitgestaltung oder auf Gegenmacht** setzten.

Kowalsky zufolge **schließe das eine nicht das andere aus**. Im Fall der Dienstleistungsrichtlinie seien die Gewerkschaften an der Spitze der Oppositionsbewegung gewesen, hätten aber zugleich darauf geachtet, mit den Entscheidungsträgern im EP in engem Austausch zu stehen. Dies sei auch in anderen Bereichen so. Öffentliche Opposition betrieben die Gewerkschaften gegen den offiziellen neoliberalen Kurs der Europäischen Kommission, an konkreten Gesetzesinitiativen wirkten sie jedoch häufig gestaltend mit.

Schwall-Düren kritisierte abschließend, dass sowohl die SPD als auch die Gewerkschaften es versäumt hätten, ihren **mittleren Funktionären** europapolitische Positionen zu erklären.

In der Schlussrunde fassten die Podiumsgäste¹⁸ nochmals ihre Erwartungen und Wünsche für den kommenden Europawahlkampf zusammen.

Kowalsky schloss mit einem hoffnungsvollen Ausblick auf einen lebhaften Europawahlkampf, in dem relevante Themen behandelt werden. Auch der Europäische Gewerkschaftsbund werde hierzu bald Vorschläge machen („**Wahlprüfsteine**“), die sich u.a. mit Steuergerechtigkeit, der Forderung nach einer echten sozialpolitischen Agenda der nächsten Europäischen Kommission, Bankenregulierung sowie dem großen Thema Jugendarbeitslosigkeit beschäftigen würden.

Maurer schlug vor, dass Parteien sich angesichts immer breiterer, komplexerer Themenspektren stärker auf ihre **Kernkompetenzen** konzentrieren und eine entsprechende Personalauswahl treffen sollten, um einen erfolgreichen Wahlkampf zu gestalten. Er erinnerte an den Wahlkampf der Sozialdemokraten im Jahr 1989, die hauptsächlich mit Betriebsräten und Gewerkschaftern angetreten und damit sehr erfolgreich gewesen seien. Zu seinem bereits vorgebrachten Vorschlag der Änderung des Wahlmodus ergänzte Maurer, dass die **Attraktivitätssteigerung von Wahlen** allgemein, inner- wie außerhalb Europas, mehr wissenschaftliche Aufmerksamkeit verdiene. Entsprechende empirische Analysen könnten Vorschläge für Änderungen bei den Wahlen zum EP liefern.

Ministerin Schwall-Düren erwartete, dass mit **Martin Schulz als Spitzenkandidat der Sozialdemokratie** eine vorher nicht gekannte Personalisierung des Wahlkampfes erreicht werden könne. Schulz sei als EP-Präsident das Gesicht des Parlaments geworden. Die Sozialdemokra-

¹⁸ Heinz K. Becker war aus Termingründen bei der Schlussrunde nicht mehr anwesend.

tie müsse zudem für das soziale Gesicht Europas stehen und sich mittels Initiativen dahingehend stärker profilieren. Dies dürfe aber nicht in einer national ausgerichteten Art und Weise geschehen, sondern in europäischer Solidarität.

6. Anlagen

6.1. Lebensläufe der Referenten, Kommentatoren und Moderatoren

In der Reihenfolge des Programms:

Prof. Dr. Ulrich von Alemann

Projektleiter der Forschungs-Initiative NRW in Europa, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

- Geboren 1944 in Seebach
- Studium der Politikwissenschaft, Soziologie, Staatsrecht und Geschichte in Münster, Köln, Bonn, Edmonton/Kanada
- 1973: Promotion an der Universität Bonn
- 1978-1984: Professor an der Universität Duisburg
- 1984-1998: Leitung des Lehrgebietes Allgemeine Politikwissenschaft an der FernUniversität Hagen
- 1998-2012: Leitung des Lehrstuhls Politikwissenschaft II an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
- Seit 1999: Leitung der Forschungs-Initiative NRW in Europa (FINE)
- 2006-2009: Dekan der Philosophischen Fakultät
- 2009-2012: Prorektor für Lehre und Studienqualität
- Seit Sept. 2012: pensioniert, weiterhin Lehrauftrag, Doktorandenbetreuung, Drittmittelforschung

Dr. Angelica Schwall-Düren

Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen

- Studium der Geschichte, Politischen Wissenschaft, Französisch in Freiburg i. Br., Montpellier und Münster
- 1973: Erstes Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien
- 1977: Promotion in Wirtschafts- und Sozialgeschichte
- 1977-1994: Lehrerin an Gymnasien in Ahaus und Gronau
- 1994-2010: Mitglied des Deutschen Bundestages
- 1998-2002: Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion
- 2002-2010: Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion für Angelegenheiten der Europäischen Union
- Seit dem 15. Juli 2010: Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien und Bevollmächtigte des Landes bei Bund

Prof. Dr. Paul J. J. Welfens

Jean Monnet Professor für Europäische Wirtschaftsintegration und Direktor des Europäischen Instituts für Internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIW), Bergische Universität Wuppertal

- Geboren 1957 in Düren
- 1979-1985: Studium der Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Wuppertal, Duisburg, Berkeley, Paris-Dauphine
- 1985: Promotion an der Universität Duisburg; 1989: Habilitation
- 1990-1991: McCloy Distinguished Research Fellow in Residence, American Institute for Contemporary German Studies (AICGS)/John Hopkins University, Washington, D.C.
- 1992-1994: Professor für Europäische und Internationale Wirtschaft, Universität Münster
- 1995: Professor für Wirtschaftspolitik, insbesondere internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Potsdam, seit 1997 Jean Monnet Professor
- 1999: Senior Research Fellow, Gorbachev Foundation
- 2000-2003: DaimlerChrysler Distinguished Research Fellow, AICGS/John Hopkins University, Washington, D.C.
- 2003-2004: Koordinator des Projektes „Internetwirtschaft 2010“ für das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
- Seit 2004: Professor für Makroökonomik an der Universität Wuppertal, Jean Monnet Chair for European Economic Integration

Herbert Reul

Mitglied des Europäischen Parlaments (CDU/EVP)

- Geboren 1952
- 1985-2004: Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
- 1991-2003: Generalsekretär der CDU Nordrhein-Westfalen
- Seit 2004: Bezirksvorsitzender der CDU Bergisches Land
- Seit 2004: Mitglied des Europäischen Parlaments
- Seit 2005: Mitglied im Vorstand der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament
- 2009-2012: Vorsitzender des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie im Europäischen Parlament
- Seit 2012: Vorsitzender der CDU-CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Stephan Thalhofer

Referent für Europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik und Gewerkschaften, Europabüro der Friedrich-Ebert-Stiftung, Brüssel

- Geboren 1977 in Stuttgart
- 1998-2001: Studium der Europäischen Studien an der Universität Osnabrück (Abschluss: Bachelor of Arts)
- 2002-2005: Studium der Europäischen Studien an der Universität Osnabrück (Abschluss: Master of Arts)
- Seit 2005: Referent bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, Europabüro Brüssel

Prof. Dr. Hartwig Hummel

Professor für Europapolitik und Internationale Beziehungen und geschäftsführender Projektleiter der Forschungs-Initiative NRW in Europa (FINE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

- Geboren 1957
- Studium der Geographie und Politikwissenschaft an der Universität Tübingen
- 1983-1985: Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten in Bonn
- 1985-1988: Promotionsstudium in Tübingen und Tokyo
- 1989-1991: Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Tübingen
- 1991: Promotion an der Universität Tübingen
- 1991-1993: Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Duisburg
- 1993-2001: Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Braunschweig
- 1995: Visiting Professor, University of California, San Diego
- 1999: Habilitation in Politikwissenschaft an der Technischen Universität Braunschweig
- Seit 2001: Professor für Europapolitik und Internationale Beziehungen an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
- Seit 2009: Leitung der Forschungs-Initiative NRW in Europa (FINE)

Sven Giegold

Mitglied des Europäischen Parlaments (Grüne/EFA)

- Geboren 1969 auf Gran Canaria
- 1986-1993: Engagement in der Jugendumweltbewegung
- 1991-1996: Studium der Erwachsenenbildung, Politik und Ökonomie in Lüneburg, Bremen und Birmingham (UK). Master of Social Science in Wirtschaftspolitik und -entwicklung in Birmingham
- 1999-2000: Studium an der Universität Bremen zu verschiedenen Aspekten der Globalisierung (Finanzmärkte, Handel, kulturelle Globalisierung)
- 2000: Gründung von Share e.V. und Mitgründung von Attac Deutschland
- 2008: Eintritt in Bündnis 90/Die Grünen und Ausscheiden aus den Gremien von Attac
- Seit 2009: Mitglied des EP, Koordinator der Fraktion Grüne/EFA im Wirtschafts- und Währungsausschuss des EP und stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
- Seit 2012: Mitglied des Landesvorstands von Bündnis 90/Die Grünen NRW

Prof. Dr. Andreas Maurer

Professor für Politikwissenschaft und Europäische Integration an der Universität Innsbruck

- Geboren 1965 in Koblenz
- 1988-1993: Studium der Politik- und Rechtswissenschaft, Soziologie und Sozialpsychologie an der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main und der Europäischen Verwaltungs- und Rechtswissenschaften am Europa-Kolleg Brügge
- 1994-1997: Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Europäische Politik, Bonn
- 1998-2002: Projektleiter in der Trans European Policy Studies Association in Brüssel
- 2001: Promotion an der Justus-Liebig-Universität Gießen

- 2003-2004: Berater der Arbeitsgruppen „Nationale Parlamente“ und „Subsidiarität“ im Sekretariat des Europäischen Verfassungskonvents
- 2003-2008: Leiter der Forschungsgruppe I – EU-Integration bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)
- 2007-2008: entsendeter nationaler Experte im Sekretariat des Ausschusses für internationalen Handel des Europäischen Parlaments
- 2008-2009: Leiter der Forschungsgruppe II – EU-Außenbeziehungen bei der SWP
- 2009-2011: Verwaltungsbeamter im Sekretariat des EP-Ausschusses für Internationalen Handel
- 2012-2013: Leiter des Brüsseler Büros bei der SWP
- Seit 2013: Professor für Politikwissenschaft und Europäische Integration, Universität Innsbruck

Dr. Torsten Müller

European Trade Union Institute (ETUI), Brüssel

- Geboren 1970 in Hornberg
- 1992-1996: Studium der Verwaltungswissenschaft an der Universität Konstanz
- 1996-1997: Masterstudium in European Industrial Relations an der University of Warwick
- 1997-2004: Promotionsstudium an der University of Warwick (Abschluss: PhD 2004)
- 1999-2001: Research Fellow, Industrial Relations Research Unit, University of Warwick
- 2002-2004, 2006-2011: Research Fellow, Hochschule Fulda
- 2005-2006: Research Manager beim European Monitoring Centre on Change, European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, Dublin
- Seit 2012: Senior Researcher im Bereich Tarifpolitik in der Forschungsgruppe Europäische und globale Arbeitsbeziehungen

Dr. Udo Bullmann

Mitglied des Europäischen Parlaments (SPD/S&D)

- Geboren 1956 in Gießen
- Studium der Politikwissenschaft, der Soziologie, des öffentlichen Rechts und der Ökonomie, (Abschluss als Politikwissenschaftler M. A. 1982 und Promotion zum Dr. rer. soc. 1988)
- 1989-1996: Wissenschaftlicher Assistent der Universität Gießen
- 1994-1997: Stipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft
- 1994-1998: Visiting Research Fellow am Department of Government der University of Strathclyde/Glasgow
- 1998-1999: Hochschuldozent und Jean-Monnet-Professor für Europastudien an der Justus-Liebig-Universität Gießen
- Seit 1999 Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament
- Seit 2012: Vorsitzender der SPD-Delegation im Europäischen Parlament
- Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments

Dr. Wolfgang Kowalsky

Referent beim Europäischen Gewerkschaftsbund (ETUC), Brüssel

- Geboren 1956 in Köln
- 1975-1981: Sozialwissenschaftliches Studium in Berlin und Paris
- Promotion (1989) und Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin
- Lektor des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD)
- Referent für Grundsatzfragen beim 1. Vorsitzenden im Bundesvorstand der IG Metall
- Gastwissenschaftler am Kulturwissenschaftlichen Institut im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen
- Seit 1998: Referent beim Europäischen Gewerkschaftsbund, Brüssel

Heinz K. Becker

Mitglied des Europäischen Parlaments (ÖVP/EVP)

- Geboren 1950 in Baden bei Wien
- 1970-2002: Anstellungen in zahlreichen Werbeagenturen
- 2002: Gründung einer eigenen Werbeagentur
- Seit 2005: Mitglied des Exekutivkomitees der Europäischen Seniorenunion
- Seit 2011: Mitglied des Europäischen Parlaments (EVP), Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten und im Petitionsausschuss, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Kultur und Bildung

6.2. Kontaktdaten der Forschungs-Initiative NRW in Europa (FINE)

Ansprechpartner

Prof. Dr. Hartwig Hummel (geschäftsführender Projektleiter)

Prof. Dr. Ulrich von Alemann (Projektleiter)

Jun.-Prof. Dr. Eva G. Heidbreder (Projektleiterin)

Anne Gödde, M.A. (Projektkoordinatorin)

Klaudia Köhn, M.A. (Projektkoordinatorin für das Symposium 2013)

Nicole Berbuir, B.A. (Studentische Hilfskraft)

Lea Scheurer (Studentische Hilfskraft)

Kontaktdaten

Forschungs-Initiative NRW in Europa (FINE)

Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Politikwissenschaft III

Universitätsstr. 1

D-40225 Düsseldorf

Tel.: +49 (0)211 – 81 15097

Fax: +49 (0)211 – 81 15648

E-Mail: fine@phil.uni-duesseldorf.de

www.fine.uni-duesseldorf.de

www.datenbank-europa-nrw.de